



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

10. Jahrgang
Nr. 102 Feb./1 2024

Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen, kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Patient Schweiz – Rezepte für eine Genesung

Ausgearbeitet von Christian Frehner, Schweiz

Die neue Schweiz vor 200 Jahren

Am **Wiener Kongress**, der vom 18. September 1814 bis zum 9. Juni 1815 stattfand, wurden unter der Beteiligung der Mächte Europas die noch heute gültigen Grenzen der Schweiz festgelegt.

Beim sogenannten **Zweiten Pariser Frieden** vom 20. November 1815 verpflichteten sich die Signaturstaaten, die Unverletzlichkeit und Unabhängigkeit der Schweiz innerhalb dieser Grenzen zu garantieren. Im Gegenzug verpflichtete sich die Schweiz, in künftigen Konflikten **neutral** zu bleiben.

In der Schweiz folgte die **Restauration** mit dem **Bundesvertrag** durch die an der Existenz der Schweiz interessierten Mächte. Dieser Bundesvertrag stellte die völkerrechtliche Grundlage der Schweizerischen Eidgenossenschaft von 1815 dar. Dieses sehr einfache **Grundgesetz** sollte bis 1847 die staatsrechtliche Basis der Schweizerischen Eidgenossenschaft bilden.

Ein offener und ungelöster Streitpunkt war die Sonderbundfrage. Diese führte 1847 zum **Sonderbunds-krieg** und schliesslich 1848 zur Ersetzung des Bundesvertrages durch die **Bundesverfassung**. Der Sonderbunds-krieg war ein **Bürgerkrieg in der Schweiz**. Er dauerte vom 3. bis zum 29. November 1847 und war **die letzte militärische Auseinandersetzung auf Schweizer Boden**. Als Ergebnis wurde durch die **Bundes-verfassung** vom 12. September 1848 die Schweiz **vom Staatenbund zum Bundesstaat** geeint.

Dass die Schweiz die beiden Weltkriege mehr oder weniger unbeschadet überlebt hat, ist hauptsächlich ihrer ausgeübten und von den Kriegsmächten respektierten Neutralität zuzuschreiben.

Die Neutralität der Schweiz

Neutralität ist ein absoluter Begriff und Zustand, was bedeutet, dass er nicht relativiert werden kann. Auch Schwangerschaft ist ein solcher absoluter Begriff, denn entweder ist eine Frau schwanger oder nicht. Gelebte Neutralität bedeutet, dass in keinerlei Weise irgendeine Parteinahme ausgeübt wird. Neutralität bedingt, dass diese fortwährend gilt, also nicht je nach Fall angewendet wird. Die Parteinahme irgendwelcher Art, auch minimal, ist ein Verstoss gegen die Neutralität und zerstört diese automatisch. Neutralität in einem umschriebenen Bereich, z.B. auf Staatsebene oder privat, gilt also umfassend, ausnahmslos und dauerhaft. Im internationalen Umgang der Staaten untereinander wird unterschieden zwischen Neutralitäts**recht** und Neutralitäts**politik**. Dies führt zu einer Relativierung von Neutralität und deshalb zu deren Ausserkraftsetzung und Zerstörung, bzw. zur Vortäuschung falscher Tatsachen bzw. zu Selbstbetrug. Fakt ist, dass wenn sich alle Staaten der Erde gegenüber allen anderen neutral verhalten würden, gäbe es keine zwischenstaatliche Kriege und somit endlich ein fruchtbares Terrain für den seit Tausenden von Jahren von vielen ersehnte «Frieden auf Erden».

Eine tatsächlich gelebte und kommunizierte Neutralität würde für die Schweiz folgendes bedeuten:

- keine Sanktionen
- keine Waffenlieferungen an Kriegsparteien
- keine Mitgliedschaft in Bündnissen, die gegen andere Staaten usw. gerichtet sind und welche die eigene Entscheidungsfreiheit beeinträchtigen
- keine Einmischung irgendwelcher Art in die Gegebenheiten und Belange anderer Staaten.

Neutralität lässt jedoch zu, dass auf konkretes Ersuchen von untereinander zerstrittenen Ländern Vermittlungsmissionen durchgeführt werden («Mediation»). Auch beratend zu sein, ist bei offiziellem Ersuchen erlaubt.

Eine Föderation mit einem anderen Land einzugehen und gleichzeitig die Neutralität zu wahren bedingt, dass beide Staaten in gesetzgeberischer, finanzieller und freiheitlicher usw. Hinsicht über einen qualitativ gleich hohen Entwicklungsstand verfügen.

Die Neutralität der Schweiz auf Staatsebene schränkt wirtschaftliche Beziehungen nicht ein, sondern lässt solche ausdrücklich zu, sofern bilaterale Abkommen auf Augenhöhe abgeschlossen werden.

Internationale gemeinnützige und sportliche Beziehungen sind ebenfalls mit der Neutralität vereinbar, sofern damit keine politischen Zwecke verfolgt werden.

Ebenfalls nicht eingeschränkt sind selbstverständlich die Ansichten und Meinungen aller Privatpersonen im Hinblick auf Geschehnisse im In- und Ausland.

Dass gelebte Neutralität auf privater Ebene viel Streit, Leid und Not und sogar Mord und einen verfrühten Tod verhindern würde, sei hier als Gedankenanstoss angefügt.

Durch die Beteiligung der Schweiz im Frühjahr 2022 am Sanktionsregime der westlichen Mächteallianz (NATO/USA und EU) gegen Russland im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg wurde die Neutralität der Schweiz nicht nur beschädigt, sondern zerstört. Die offizielle Schweiz hat sich bildlich gesprochen selbst ins Knie geschossen und entblösst sich vor aller Welt als Beispiel regierungsmässiger Unfähigkeit und schleicht nun wie ein um Anerkennung bittender Hund um die Beine der «Herren des Westens».

Die Behauptung seitens USA, Grossbritannien und EU usw., dass im Krieg in der Ukraine die Demokratie der westlichen Wertegemeinschaft verteidigt wird, entspringt einem mentalen Zustand, der durch das Märchen «Des Kaisers neue Kleider» von Hans Christian Andersen treffend dargestellt wird. Dass es sich zudem bei der EU eindeutig um keine Demokratie handelt, sondern um eine machtpolitisch-bürokratische Diktatur, ist offensichtlich, denn abgesehen vom eunuchenhaften EU-Parlament ist kein einziges EU-Gremium als direkt vom Volk gewählt legitimiert. Was die NATO betrifft, von der weiter unten noch die Rede sein wird, ist diese ein nach dem letzten Weltkrieg auf Initiative des US-Präsidenten Harry S Truman von den USA als **Verteidigungsbündnis** gegen den Kommunismus gegründeter Staatenbund, der sich nach der Auflösung der Sowjetunion anfangs der 1990er Jahre zu einem weltweit agierenden **Angriffsbündnis** gewandelt hat, das realistisch gesehen einer Söldnerarmee der USA entspricht, unter deren Fittiche inzwischen rund 30 Länder zwischen Island und der Türkei als Trittbrettfahrer bzw. Vasallen mitmarschieren.

Die direkte Demokratie der Schweiz

Nebst dem bis vor kurzem weltweit anerkannten Neutralitätsstatus ist die sogenannte «direkte Demokratie» das zweite Alleinstellungsmerkmal der Schweiz im internationalen Vergleich. Unter diesen Begriff subsummiert sich die Tatsache, dass in der Schweiz der Souverän, d.h. die Stimmbevölkerung, explizit der «Chef» bzw. jene politische Instanz ist, der bzw. die die Gesetze und die Verfassung erstellt bzw. bewilligt. Da das Stimmvolk jedoch weder den Bundesrat, die sogenannte Exekutive bzw. Regierung der Schweiz, noch die

Mitglieder der Gerichte auf Bundesebene oder die Staatssekretäre usw. wählen oder abwählen kann, handelt es sich beim «Sonderfall Schweiz» nicht um eine echte Demokratie, sondern bestenfalls um eine **Halb-demokratie**. Immerhin hat die Schweizer Bevölkerung, im Gegensatz zu allen anderen Ländern der Welt, das Recht, mittels **Initiative** und **Referendum** Verfassungs- und Gesetzesartikel zu bestimmen, zu ändern oder aufzuheben. Ausserdem hat sich in der politischen Schweiz die Gewohnheit ergeben, die grössten Parteien anteilmässig in die Regierung einzubinden («Konkordanz»), was für eine gewisse regierungsmässige Konstanz sorgt, dies im Gegensatz zu anderen Ländern, wo ein mit laufenden Regierungs-Personalwechseln verbundenes Oppositionssystem gegeben ist, das eine langfristige Aufbauarbeit behindert.

Anamnese

Am 6. Dezember 1992 stimmten Volk und Stände (= Kantone) der Schweiz äusserst knapp gegen den Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), und zwar mit 50,3 gegen 49,7% der Stimmen und 18 gegen 8 Kantone. Vorausgegangen war ein massiver Drohkulissenaufbau durch das Politikestablishment und die Wirtschaftsverbände. Der Schweizer Bevölkerung wurde damit gedroht, dass eine Ablehnung des Beitrittsgesuchs praktisch den wirtschaftlichen Ruin der Schweiz und den Rückfall in frühere Armut zur Folge haben werde. Dank der Gegenkampagne einer kleinen Gruppe um den Schweizer Jahrhundertpolitiker Christoph Blocher konnte der Beitrittsversuch abgewehrt werden, was zur Folge hatte, dass die Schweiz bislang (anfangs 2024) weder ein Mitglied der Europäischen Gemeinschaft (EG) noch der Europäischen Union (EU) wurde und wirtschaftlich, gesellschaftlich und freiheitlich markant besser dasteht als alle EU-Länder. Die Schwarzmalerei hatte sich als hohles Geschwätz und Manipulationsversuch seitens der inländischen «Eliten» («Classe politique») herausgestellt. Und wie inzwischen bekannt wurde, durch Freigabe von Bundesrats-Protokollen nach 30jähriger Sperre, kann das Verhalten des damaligen Bundesrates mit Fug und Recht als Schändlichkeit sowie als feige und landesverräterisch beurteilt werden. Damals ging es um den Beitritt zum EWR, als eine Art «Trainingslauf zum Beitritt zur EG», und leider sind nun seit längerer Zeit wieder Leute in höheren Chargen von Politik und Wirtschaft dabei, die Schweizer Bevölkerung durch erneute Drohkulissen und Anwendung sogenannter Salamtaktik zu einem Betritt zur EU-Diktatur zu verführen (und einige zusätzlich heimtückisch sogar zum «Kriegsförderungsverein» NATO).

Der Staat als lebender Organismus

Ein Staat ist ein begrenztes Gebiet auf der Oberfläche der Erde, der im Laufe langer oder kurzer Zeiträume – vielfach durch kriegereische Handlungen – Menschen einheitlicher oder unterschiedlicher Sprachen, Traditionen, Religionen, körperlicher Merkmale, Lebensweisen und technischen Möglichkeiten und Nutzungen sowie Kultur als Nation und Land beherbergt und ihnen Heimat bietet.

Der Zustand eines Staates ist abhängig von vielerlei Faktoren, wie u.a. Klima, Ökosystem, natürliche Ressourcen, Bildungssystem, Kultur, Gemeinschaftssinn, zivilisatorischer Fortschritt, Lebenserwartung, Gesundheitsversorgung, usw. Ein Staat kann als gesund bezeichnet werden, wenn das individuelle Wohl im Einklang steht mit dem Gemeinwohl, wenn die Finanzen allgemein im Lot sind, wenn in der Bevölkerung eine hohe Zufriedenheit herrscht bezüglich Balance von Privatsphäre und Öffentlichkeit, wenn die Redefreiheit umfassend respektiert wird bzw. intakt ist, wenn die Stärkeren den Schwächeren helfen, wenn Eigenverantwortung und Arbeitsamkeit als Tugenden gelebt werden und kriminelles Tun nur minimal vorhanden ist und konsequent geahndet wird.

Gesundheitsgefährdung

Die Gesundheit eines jeden Organismus ist sowohl von aussen als auch von innen gefährdet. Im Fall des «Patienten Schweiz» erfolgt die **exogene** Gefährdung aus vielen verschiedenen Quellen, wovon die beiden gefährlichsten hier kurz mit ein paar wenigen Aspekten angesprochen sind:

- Die EU: Sie bildet in der Form der Gesamtheit ihrer Mitglieder einen sogenannten Binnenmarkt und die Eurozone. Aufgrund der unterschiedlichen wirtschaftlichen Strukturen und Voraussetzungen bei der Gründung und im Rahmen von Erweiterungen sowie durch Misswirtschaft und unrealistischen Visionen (Euro, usw.) treibt die EU auf ein wirtschaftliches und politisches Fiasko zu. Die Schuldenberge wachsen rasant in Richtung Staatsbankrott. Da das Nicht-EU-Mitgliedsland Schweiz im Herzen von Europa seinen ökonomischen und gesetzlichen Freiraum nutzt und wirtschaftlich (noch) besser dasteht, wird durch erpresserische Drohungen versucht, die Schweiz als guter und zuverlässiger Zahler sich zu unterwerfen bzw. sich einzuverleiben.
- Die USA: Die Enthüllungen durch Julian Assange und Edward Snowden beweisen, dass die anglo-amerikanische Geheimdienstkrake ihre Tentakel nicht nur beim «Feind» als zusätzliches «Nervensystem» implantiert hat, sondern auch bei ihren «Freunden» (legendär das Mithören von Angela Merkels Handy durch die Amerikaner). Gleichermassen infiltrieren die mit den US-Geheimdiensten verbandelten US-amerikanischen Internet- und Technologie-Konzerne mittels Soft- und Hardware weltweit sämtliche Kommunikationssysteme. Dabei lenken die USA von dieser Tatsache dreist ab, indem frech eine Gefährdung seitens der Chinesen und Russen als «Gefährdung der demokratischen freien Welt» proklamiert

wird. Derweil laufen seit Jahren aus den USA An- und Übergriffe auf den Finanzplatz Schweiz (Nachrichtenlose Vermögen, Bankgeheimnis, ...), wobei bezüglich der «Finanzschlupflöcher» im eigenen Land (Delaware etc.) donnerndes Stillschweigen herrscht. Die NATO, von der bereits die Rede war, ist funktional als ein Anhängsel der Streitkräfte der USA zu betrachten, weil US-Amerika sowohl die Einsatz- bzw. Kriegsgebiete auswählt als auch bei den Einsätzen die Leitung innehat, alles koordiniert und einen Grossteil finanziert.

Die **endogene** Gefährdung der Schweiz lässt sich ebenfalls an ein paar Beispielen aufzeigen:

- Wie bereits im Vorfeld der EWR-Abstimmung 1992, sind politisch-ideologische und wirtschaftliche Kräfte auch jetzt wieder bestrebt, die Schweiz schleichend als Teil- oder Vollmitglied in die EU zu führen bzw. sie zumindest der Entscheidungsgewalt des Europäischen Gerichtshofs zu unterstellen («fremde Richter»).
- Durch Bildungsmangel und fehlende Logikanwendung in den politischen Schaltstellen wie auch in Teilen des Volkes wird daraufhin gearbeitet, die von den Vorfahren erkämpften und die Schweiz auszeichnenden hohen Werte direkte Demokratie und gelebte Neutralität zu zerstören. Der Beitritt zur EU hätte zwingend die Beschädigung der direkten Demokratie zur Folge.
- Die einseitige Propaganda und der Moralismus im sogenannten Mainstream-Journalismus und den öffentlich-rechtlichen Medien, die Feindbilder generieren, anstatt Konflikte und Geschehen aus verschiedenen Perspektiven zu beleuchten und so aufzubereiten, dass die Bevölkerung sich ein eigenes Bild machen kann, trifft vor «transatlantischer Uncle-Sam-Blindheit» und ist eine unakzeptable Zumutung und ein fieser Angriff auf die Vernunft der Abonnenten und Bezahler von Zwangsgebühren.
- Bestrebungen, die Schweizer Armee grundsätzlich und immer tiefer in die NATO-Strukturen einzubetten, widerspricht wie erwähnt der Neutralität und führt zu einem «Mitgegangen, Mitgefangen»-Effekt bei kriegerischen Interventionen, und ganz konkret zu einer massiven Sicherheitsgefährdung der Schweiz als Kriegspartei.
- Weigerung der Mehrheit der politischen Räte auf Bundesebene, Verfassungs- und Gesetzesartikel anzuwenden und umzusetzen (Masseninitiative, Asylmissbrauch, Eigentumsgarantie, keine Waffenlieferungen an Kriegsparteien, ...).
- Voreuseilender Gehorsam bzw. Strebertum im Umgang mit dem Ausland, besonders gegenüber der EU und der Europäischen Menschenrechtskommission.
- Fehlender Wille, die Schweiz als eigenständigen Staat mit eigenen Interessen zu schützen und mutig und standfest aufzutreten.
- Feigheit vor dem Ausland und Feigheit gegenüber sich selbst als Bürger/in.
- Moralismus, Gutmenschentum und Herrenreiterei anstatt Kooperation und Bemühung um Verständnis für andere Ansichten, Lebensentwürfe und Staatsformen usw.
- Blinde KI-Anwendungseuphorie sowie Realitätsflucht durch Suchtverhalten in der Nutzung elektronischer Geräte, was zu einer mentalen Verdummung führt, indem man «andere für sich selbst denken lässt», anstatt alles selbst logisch zu überdenken und zu bedenken.

Rezeptierung

Im Gegensatz zum einzelnen Menschen, der, wenn mit einer Krankheit oder einem Unfall konfrontiert, sofort und direkt Heilungs- oder Linderungsmassnahmen usw. einleiten kann (sofern er die notwendige mentale und disziplinarische Kraft und Motivation aufbringt), benötigt ein Land, das in seinem inneren Zustand gesunden will, eine Vielzahl von Massnahmen, die aufeinander abzustimmen sind. Dabei sind Prioritäten zu setzen und logische Abfolgen zu planen, was bei der Umsetzung Zeit benötigt und in einer Demokratie aufgrund von Mehrheitsbeschlüssen voranzutreiben ist. Soll alles human ablaufen, ist eine permanente neutrale Aufklärung der Stimmbevölkerung über Vor- und Nachteile erforderlich, und zwar bis es dem letzten «Hinterwäldler» dämmert, dass tatsächlich Handlungsbedarf besteht.

Die Bevölkerung ist aufklärerisch der Erkenntnis zuzuführen, dass das Naturgesetz von Ursache und Wirkung auch in der Schweiz gilt und dass nur mit der Anwendung von Logik, Nüchternheit, Zielstrebigkeit und Gemeinsinn usw. der «Karren Schweiz» aus dem Schlamassel gezogen und auf ein sicheres Terrain gebracht werden kann. Ohne gemeinsame Anstrengung einer «mental gereiften» Mehrheit der Bevölkerung ist keine Heilung möglich.

Das Rezept in Kurzform

- A. Echte Neutralität
- B. Echte Demokratie
- C. Friedlichkeit
- D. Rechtsicherheit
- E. Gesunde Finanzen

F. Selbstverantwortung und Widerstandskraft

A. Echte Neutralität

Die beschädigte Neutralität der Schweiz ist auf staatlicher Ebene umgehend vollständig wiederherzustellen. Das bedeutet u.a.:

- Die Schweiz erklärt offiziell und weltweit, dass sie ab sofort permanent strikte Neutralität auf allen Ebenen ausüben wird und dass sie alle Länder ersucht, dies zu respektieren.
- Alle bestehenden Sanktionsmassnahmen sind unverzüglich aufzuheben; sogenannte Umgehungsgeschäfte sind nicht erlaubt.
- Die Schweiz tritt aus der UNO aus, da diese als politisches Machtinstrument missbraucht wird (Sicherheitsrat mit Vetorecht) und einen weitgehend religiös-ideologisch geprägten Debattierclub darstellt.
- Die Mitgliedschaft der Schweiz bei allen politisch-parteiischen Organisationen wird auf Verfassungsstufe verboten. Eine Ausnahme bildet die Mitgliedschaft bei einer notwendigen Nachfolgeorganisation der UNO, sofern in dieser **alle** anderen Länder der Erde Mitglied geworden sind, wenn in dieser alle Länder gleichwertig sind und wenn nur einstimmige Beschlüsse gelten (Stimmenhaltung ist akzeptabel).
- Die Schweiz kündigt die Mitgliedschaft bei der Europäischen Menschenrechtskommission und dem dazugehörigen Gerichtshof, wie auch die Mitgliedschaft beim Europarat. Die Bestimmungen der Genfer Konvention gelten weiterhin.
- Es ist aber weiterhin erlaubt, dass weltweit tätige Organisationen wie die UNO, Unicef, Olympisches Komitee, usw. ihren Sitz in der Schweiz haben, sofern sich diese nicht in die internen Belange der Schweiz einmischen.
- Bilaterale Wirtschaftsabkommen der Schweiz mit anderen Ländern sind weiterhin möglich, wenn die Interessen, Rechte und Pflichten der Vertragspartner ausgeglichen sind, wenn das Abkommen kündbar ist und die Rechtsetzungskompetenz der Schweizer Bevölkerung nicht beeinträchtigt wird.
- Es ist eine strikte Trennung zwischen Staat und Religion einzuhalten, was heisst, dass staatliche Institutionen keinerlei finanzielle und dienstleistungsmässige Kooperationen mit Kirchen und weltanschaulichen Gemeinschaften usw. eingehen dürfen, weil nur so die Neutralität der Schweiz als Staat gewährleistet werden kann. Religion ist Privatsache – Ideologie ebenso.
- Die Schweiz stellt ihre «guten Dienste» als unparteiische Vermittlerin allen willigen Ländern auf Anfrage weiterhin zur Verfügung.

B. Echte Demokratie

Die Schweiz wird das erste Land in der Geschichte der Erde, das eine echte Demokratie einführt und auch lebt. Dazu ist die Verfassung entsprechend wie folgt zu erweitern:

- Die Stimmbevölkerung wählt neu auf Bundesebene nebst dem National- und Ständerat (die zahlenmässig in ihrer jetzigen Form beibehalten werden) auch den Bundesrat und die Gerichte, und zwar für eine Dauer von (Vorschlag) 10 Jahren. Wiederwahl ist nicht möglich.
- Das Mindestalter auf Bundesebene, um gewählt werden zu können, beträgt (Vorschlag) 40 Jahre, dies um eine gewisse vorangehende Berufs- und Erwerbstätigkeit und Lebenserfahrung zu gewährleisten.
- Das Wahlverfahren für National- und Ständerat wird dahin geändert, dass jene Personen in die dem betreffenden Kanton zustehenden Sitze gewählt sind, die am meisten Stimmen erhalten haben (und zwar über alle Parteigrenzen hinweg). Dieses Prinzip gilt auch auf kantonaler und Gemeindeebene. Listenverbindungen sind nicht mehr gestattet.
- Der Bundesrat wird vom Volk aus einer Gruppe von Personen gewählt, die von einem ebenfalls vom Volk befristet zu wählenden Fachgremium als für die Führungsaufgabe geeignet erachtet werden. Es gibt einen einzigen Wahlgang. Die 7 Personen mit der höchsten Stimmenzahl sind gewählt.
- Die Richterkandidaten werden ebenfalls durch ein vom Volk befristet zu wählendes Fachgremium auf Eignung geprüft. Die Wahl erfolgt jedoch nicht durch das Gremium, sondern durch das Los, weil dem Volk die notwendige Expertise fehlt.
- Nach Abschluss der politischen Reorganisation werden politischen Parteien aufgelöst, weil in jeder Hinsicht das Wohl der Schweiz als Sozialwesen und eigenständiger Staat Maxime ist, und nicht ideologische und religiöse Partikularinteressen.
- Gewählte Personen dienen nur dem Wohl der Gesamtbevölkerung. Bei wiederholtem Verstoß ist eine Person umgehend ihres Amtes zu entheben, wobei der Ersatz aus der letzten Wahl nachrückt, d.h. die Person mit der höchsten Stimmenzahl der Nichtgewählten.
- Es gilt nach wie vor das Subsidiaritätsprinzip, was heisst, dass was auf Gemeindeebene geregelt und entschieden werden kann, auch dort geschehen soll, also im direkten Einflussbereich des lokalen Stimmvolkes.

C. Friedlichkeit

Die bisher nach aussen und innen propagierte **bewaffnete Neutralität** der Schweiz ist in eine **unbewaffnete Neutralität** umzuwandeln bzw. zu entwickeln.

1) Begründung

- Ein Land ohne Armee ist ein Land, in dem das friedliche Miteinander nicht nur symbolisch, sondern beispielgebend gelebt wird. Ein solcher Entscheid des Volkes ist ein Zeichen der Stärke und ein humanes Reifezeugnis, und keine utopische Schwärmerei oder Schwäche.
- Ein Land ohne Armee ist ein Land, das nicht in Gefahr ist, von einer fremden Armee zerstört zu werden, denn wo keine waffenmässige Verteidigung ausgeübt wird, ist eine Zerstörung sinnlos. Das Prinzip basiert auf der Logik, dass militärische Verteidigung bei einem militärischen Angriff von aussen Zerstörung, Tod und Not im eignen Land garantiert. Realistisch gesehen ist die Schweizer Armee sowieso viel zu klein und unfähig, einen massiven Angriff mittels Flug- und Raketenwaffen abzuwehren. Und wer mit einem Guerillakampf «liebäugelt», im dichtbesiedelten Gebiet der Schweiz, sollte sich das Beispiel «Gaza-streifen» bildlich vergegenwärtigen.
- Die Wahrscheinlichkeit, dass eines der umliegenden fünf Länder die Schweiz angreift und besetzen will, ist äusserst gering.
- Entgegen der auf Russophobie und Kalter-Krieg-Mentalität basierenden Realitätsvernebelungs-Propaganda in der «westlichen Wertegemeinschaft» (inklusive deren Presse), die Russland imperiales Gehabe (Eroberungsdrang) unterstellt, ist realistisch gesehen die Wahrscheinlichkeit, dass Russland eine wirklich neutrale, unparteiische Schweiz angreift und besetzen will, praktisch bei null, und zwar aus folgenden Gründen: 1. ist Russland nicht die Sowjetunion, die sich nach dem Weltkrieg als Warschauer Pakt nicht unbegründet gegen die «westlichen Siegermächte» abgrenzte; 2. ist Russland kein imperiales Land wie die USA, da es mit seiner riesigen Landesfläche und den vielen Völkern genug mit sich selbst beschäftigt ist, um alles friedlich zusammenzuhalten und die Grenzen zu schützen; 3. ist Russland bezüglich Energie, Erze und Landwirtschaft usw. praktisch das einzige autarke Land der Erde, kann also unabhängig von anderen Ländern existieren; 4. ist Russland personell gar nicht in der Lage, die europäischen Länder militärisch-infrastrukturmässig flächendeckend zu besetzen und zu kontrollieren, dies besonders auch deshalb, weil vermutlich über 90% der russischen Bevölkerung weder Deutsch, Englisch, Französisch oder Spanisch usw. spricht, was die dauerhafte Besetzung von Europa von vornherein verunmöglicht; 5. duldet Russland verständlicherweise keine US-Raketen in der «Pufferzone» entlang seiner Grenzen, von Finnland über die Ukraine, Georgien bis Kasachstan und weiter, wie dies im Vergleich von den USA ebenfalls niemals geduldet würde, wenn China oder Russland in Mexiko oder Kanada Raketen aufstellen würden.
- NB: Beim Krieg in der Ukraine handelt es sich um eine Art kriegerische Anomalie, denn im Vergleich zu den beiden Weltkriegen sowie den danach von den durch die USA/NATO geführten Kriegen (Korea, Vietnam, Libyen, Afghanistan, Irak, Syrien, Serbien, Somalia, ...) und gegenwärtig im Nahen Osten ist es in der Ukraine erstmals und ausnahmsweise nicht die Zivilbevölkerung, die den grössten Blutzoll zu erleiden hat (als «Kollateralschäden»), sondern die Soldaten auf beiden Seiten. Der Grund dafür liegt darin, dass Russland keinen Krieg gegen die ukrainische Bevölkerung führt und offensichtlich sich nicht das ganze Land einverleiben will, sondern gegen das korrupte «Bandera-Regime» und seinen «präsidialen Waffenbettler» kämpft, die eine NATO-Mitgliedschaft anstreben, was Raketen an Russlands Grenzen bedeuten würde. Der Stellvertreterkrieg zwischen der NATO und Russland in der Ukraine, mit den einseitigen massiven Waffenlieferungen, der Propaganda und den Sanktionen in nie zuvor erlebtem Umfang usw., kann tatsächlich als sonderbarer und unkonventioneller Weltkrieg bezeichnet werden.
- Sollte der unwahrscheinliche Fall eintreten, dass die Schweiz doch von einer fremden Macht besetzt würde, steht bereits fest, dass dies nicht von Dauer sein wird, was die Geschichte beweist, nämlich dass noch jede Gross- bzw. Eroberungsmacht ihren Zenit erreicht hat, danach aber verlottert und verschwunden ist. Der blöde Spruch, «lieber tot als unfrei», zeugt von ideologischem Fanatismus und fehlender Selbstverantwortung dem eigenen Leben gegenüber, denn schliesslich zählt in erster Linie die Freiheit des Denkens, d.h. die innere Freiheit, die auch dann funktioniert, wenn rundum Mauern und Gitter hochgezogen werden.
- Wer ohne mentale Scheuklappen die politische Gesamtlage auf der Erde betrachtet (was in ihrer Vielschichtigkeit wohl kaum vollständig erfassbar ist), sieht klare Zeichen für die Entstehung einer multipolaren Länderwelt, den zivilisatorischen Niedergang der USA, den wirtschaftlich-politischen Verrottungsprozess der EU-Diktatur sowie eine wachsende explosive Unzufriedenheit in den Bevölkerungen aufgrund der unfähigen und ideologisch verseuchten Regierungsfiguren. Und dass die NATO-Drohkulisse dauerhaft «zur Kenntlichkeit entstellt» sein wird, ist aufgrund der bevorstehenden totalen militärischen Niederlage der Westmächte in der Ukraine unvermeidbar.

2) Massnahmen

- Die Schweizer Milizarmee ist sukzessive aufzulösen und in eine Hilfs- und Katastrophenschutzorganisation umzuwandeln, die bei den zukünftig zu erwartenden Naturkatastrophen kompetent und wirksam zum Einsatz kommt.
- Offiziell bewaffnet bleiben die Polizei- und Grenzschutzkräfte, die für den Schutz der Schweizer Bevölkerung zuständig und dafür gesetzlich klar befugt und verantwortlich sind. Diese Schutzkräfte sind organisatorisch, zahlenmässig und materiell der Bedrohungslage und dem Ordnungsbedarf angepasst zu führen. Durch den Wegfall der Militärausgaben stehen dafür die erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung.
- Bezüglich Waffen und deren Anwendung haben nichttödliche Systeme Vorrang, d.h. Waffen, die einen Menschen ausser Kraft setzen, ihn aber nicht töten.
- Das Volk wählt ein Kontrollgremium, das darüber wacht, dass Versuche in Richtung Polizei- und Überwachungsstaat im Anfangsstadium erkannt und dem Volk gemeldet werden.
- Alle schweren Waffen wie Panzer, Haubitzen und andere Angriffswaffen sind zu verschrotten.
- Wo sinnvoll, können die Militärgelände in Naherholungsgebiete für die Bevölkerung bzw. als Rückzugsgebiete für Flora und Fauna aufgewertet werden.

D. Rechtssicherheit

- Basierend auf den obgenannten Massnahmen ist die Bundesverfassung durch entsprechende Artikel zu ergänzen. Insbesondere ist explizit aufzuführen, dass jederlei Bestrebung, die Rechte der Stimmbevölkerung als Souverän der Schweiz zu beschränken, verboten und ausnahmslos zu bestrafen ist.
- Alle geplanten Verfassungs- und Gesetzesänderungen sind vorgängig genauestens dahin zu überprüfen, welchen Nutzen sie bringen, und welche Vor- und Nachteile bei einer Einführung resultieren. Dies erfolgt auf eine neutrale Weise und derart formuliert, dass die Stimmbevölkerung sich eigene Gedanken machen und demgemäss informiert und frei entscheiden kann.
- Bestehende Gesetze und Verfassungsbestimmungen sind einzuhalten bzw. anzupassen oder aufzuheben, wenn sich im Laufe der Zeit und gemäss dem Fortschritt Handlungsbedarf ergibt. Dabei ist bei der Auslegung der Sinn und die Absicht eines Gesetzes zu berücksichtigen, d.h. eine Paragraphenreiterei ist zu vermeiden. Es stehen immer die Gerechtigkeit, Gleichbehandlung und das individuelle und Gesamtwohl im Zentrum.
- Das Strafrecht gilt für alle Landesbewohner im gleichen Ausmass. Für vom Volk gewählte Personen gelten keine speziellen gesetzlichen Immunitäten oder Vorrechte.
- Zuzüger aus dem Ausland, die hier arbeiten und/oder sich niederlassen wollen, müssen innerhalb einer zu bestimmenden Zeitspanne gewisse Bedingungen erfüllen, damit sie weiterhin in der Schweiz bleiben dürfen (Sprache, Einkommen/Selbstbesorgung, Gesetzestreue).
- Wer über kein legales Aufenthaltsrecht in der Schweiz verfügt, darf keine direkte finanzielle Unterstützung erhalten. Das Überleben bis zur Ausreise darf nur durch materielle Beiträge (Gutscheine für Essen und Notschlafstellen) sichergestellt werden.
- Die Strafmassnahmen orientieren sich am Prinzip «Opferschutz vor Täterschutz» und «Resozialisierung ja, aber nur bei echtem Bemühen». Im Zweifelsfall gilt immer das Sicherheitsbedürfnis der Gesellschaft.

E. Gesunde Finanzen

Es gilt der Grundsatz: Zuerst erwirtschaften und sparen, dann ausgeben.

- Ziel des Staates muss sein, die Steuerbelastung der Bevölkerung möglichst gering zu halten, was bedeutet, dass vom Staat nur Aufgaben übernommen und Ausgaben getätigt werden, die vom Volk bestimmt wurden und die notwendig sind, um das Gesamtwohl der Bevölkerung gegen innen und aussen sicherzustellen.
- Solange auf der Erde noch eine Geldwirtschaft herrscht, liegt die Aufsicht beim Staat, der zusammen mit der Nationalbank umgehend interveniert, wenn das Gesamtwohl des Landes oder der Gemeinden usw. gefährdet ist.
- Der Staat sorgt dafür, dass das Privateigentum geschützt und im Geldverkehr die Möglichkeit gesichert bleibt mittels Bargeld anonym Käufe usw. zu tätigen. Diese Freiheit ist auch gegenüber dem Ausland sicherzustellen, d.h. die Staatsbürger sind vor dem Zugriff vom Ausland zu schützen.
- Die Behörden haben alle Vorkehrungen zu treffen, dass kaufen und verkaufen auch bei einem langfristigen Stromausfall panikfrei möglich ist.
- Hypotheken zur Finanzierung des Baus und der Sanierung von Gebäuden usw. müssen betragsmässig geringer sein als das notwendige angesparte Eigenkapital.
- Der Nachwuchs ist im Elternhaus oder spätestens in der Schule im häuslicherischen Umgang mit Geld zu schulen, damit die Gefahr einer späteren Verschuldung und finanziellen Misswirtschaft minimiert wird.

F. Selbstverantwortung und Widerstandskraft

Der Gesundheitszustand eines Staates bzw. Landes zeigt sich am mentalen und physischen sowie zivilisatorischen Zustand der Bevölkerung. Das heisst, wenn Gemeinsinn, Freiheitswillen, Hilfsbereitschaft, Offenheit, Zuverlässigkeit, Arbeitsamkeit, Skepsis, Sparsamkeit, Naturliebe, Nüchternheit, Lernwillen und Vernunft sowie Langzeitperspektive usw. in der Bevölkerung in grossem Mass gelebt werden, dann sind dies beste Bedingungen für einen gesunden Staat und eine freie Gesellschaft.

Ein gesundes, lebendiges und lebenswertes Staatsgebilde Schweiz benötigt dafür also Menschen, die engagiert, interessiert, überwiegend mental gesund sind und die mit kritischem Blick auf jegliche geplante gesetzliche Regelung schauen und ihre bürgerliche Verantwortung tragen.

Dass sich die Schweiz momentan im Krankenstatus befindet, hat nebst den oben aufgeführten Ursachen und Gefährdungen damit zu tun, dass in ihrem Innern viele «parasitäre Bazillen» am Werk sind, die nicht das Wohl der Schweiz als geordnetes und geschätztes Heimatland aktiv schützen und fördern, sondern aufgrund von Selbsthass und Minderwertigkeitskomplexen usw. «bocken» und ihr Heil in einer fremden ideologischen «Fata Morgana» zu finden wähnen.

Eine Gesundung der Schweiz als Gemeinwesen und lebendige Gemeinschaft wird grundsätzlich dadurch ermöglicht, dass die Menschen einerseits lebenslang eine Selbsterziehung pflegen, und andererseits indem der Erziehung im Elternhaus und in der Schule u.a. die notwendige Ernsthaftigkeit und Konsequenz gewidmet wird, was u.a. bedeutet:

- Mit gutem Beispiel vorangehen, d.h. selbst einen anständigen Lebenswandel, eine anständige Sprache, gute Manieren, Toleranz, Verständnis und liebevolle Zuwendung pflegen.
- Sich selbst befehligen, unvoreingenommen und aufmerksam durch die Welt zu gehen, um zu lernen, Glauben und Meinung von der Realität zu unterscheiden, wie auch um zu vermeiden, durch Propaganda und Missionierung der Dummheit zu verfallen und sich als «mentale Zombies» fernsteuern zu lassen.
- Die Kinder sind ab Geburt als vollwertige Menschen zu behandeln, die in ihrem strebenden Lerneifer laufend Fragen stellen, die wohlwollend nach bestem Wissen und ohne missionarische Ausuferung beantwortet werden sollen, und, wenn man eine Antwort nicht weiss, dass dies auch ehrlich zugegeben wird.
- Kindern muss die Gelegenheit gegeben werden, in der freien Natur Erlebnisse zu gewinnen und durch soziale Interaktion mit anderen Kindern zu lernen, Rücksicht zu nehmen, aber auch sich durchzusetzen und Verzicht zu üben usw.
- Während den ersten 7 Jahren sind Kinder davor zu schützen, unbegleitet irgendwelche elektronische Medien (TV, Internet, «Games») nutzen zu können, damit sie ihre eigene Phantasiekapazitäten und ihre innere Kreativität usw. entdecken und entwickeln können.
- Sobald Kinder Fragen bezüglich Sterben und Tod stellen, ist ihnen altersgerecht die Realität zu erklären, was auch gilt, wenn Fragen zur Entstehung und Zeugung von Menschen aufkommen. Dies ist wichtig, damit die Kinder sich schon frühzeitig Gedanken darüber machen können, dass das Leben endlich ist und dass sie in ihrem Leben mit Verlust und Tod umgehen zu lernen haben, was bedeutet, dass es sich lohnt, die Lebenszeit stets fürs Lernen zu nutzen (nicht nur Schulwissen, sondern auch Tugenden) und nicht das Dasein mit Scheinen-Wollen und Tand-Anhäufen zu vergeuden.
- Kinder haben aber auch zu lernen, dass ein verantwortungsvoller Erwachsener zu sein bedeutet, dass man nicht schon als Teenager Eltern wird, sondern zuerst einen Beruf erlernt und Lebenserfahrung sammelt. Und wenn nach Erreichen des 30. Altersjahres ein Kinderwunsch besteht sowie ein liebevoller, zuverlässiger und charakterlich belastbarer Lebenspartner gefunden wurde, gilt es sehr gut zu überlegen, ob die Umstände geeignet sind, um überhaupt ein Kind, oder maximal zwei, zu zeugen und dann gemeinsam während rund 20 Jahren erzieherisch-begleitend verpflichtet zu sein. Dies basiert auf der Tatsache, dass das globale Bevölkerungswachstum – und in der Schweiz die Massenzuwanderung – das Grundübel ist, das ALLE anderen Grossprobleme laufend verschärft und noch unlösbarer macht, nämlich indem die Zahl der **Konsumenten von Ressourcen** und **Verursacher von Emissionen** ins Unermessliche anwächst und unsere Erde immer mehr durch Ausräuberung erkranken lässt. Und es ist den Kindern und Jugendlichen klar und wiederholt zu vermitteln, dass Probleme nur dann gelöst werden, wenn sie an deren Ursache angepackt werden, was hinsichtlich einer Rettung des Planeten nur möglich ist, wenn die Zahl der Geburten bis auf weiteres viel tiefer ist als die Todeszahlen, mit einem Zielwert von global unter 1 Milliarde Menschen. – Dass stetes quantitatives Wachstum auf einer begrenzten Fläche nicht intelligent und nachhaltig ist, versteht sogar ein Primarschüler.
- Die Kinder haben auch darin belehrt zu werden, dass es eine Tatsache ist, dass der Mensch für alles was er tut oder nicht tut selbst verantwortlich ist, und dass die Gefühle und Emotionen, die er spürt, von ihm selbst ausgelöst wurden, und zwar durch sein Denken. – Wenn er z.B. zuversichtlich und gelassen denkt, dann hat er andere Gefühle und Stimmungen, als wenn er sich stresst oder Stress von aussen zulässt, oder wenn er sich irrig als ärmsten Menschen der Welt sieht. Und wenn er weiss, dass was geschehen ist, nicht rückgängig gemacht werden kann, animiert ihn dies vielleicht, sich auf das zu konzentrieren, was laufend selbstbestimmt positiv in die Zukunft getan werden kann – und soll.

- Jede in der Schweiz niedergelassene Person, Frau oder Mann oder Zwitter, hat im Zeitraum zwischen 20 und 30 Jahren einen mindestens einjährigen Zivildienst zum Wohle der Mitmenschen und der Gesellschaft und/oder der Natur zu leisten, wobei die Kosten für Unterkunft und Essen sowie Versicherung usw. vom Staat getragen werden. Schwangerschaft gilt nicht als Befreiungsgrund, im Gegensatz zu erheblicher mentaler und/oder physischer Invalidität/Beeinträchtigung. Ziel dieses Dienstes ist es, dass junge Menschen einen Sinn fürs Gemeinwohl entwickeln und einen sinnvollen Beitrag leisten, z.B. in der Betreuung von pflegebedürftigen und vereinsamten Personen, deren Anzahl infolge der demographischen Entwicklung voraussichtlich zunehmen wird. Alternativ können im Landwirtschaftsbereich Bodenbearbeitung von Hand ausgeübt, Aufforstungen (Sauerstoffspender!) getätigt oder in Biodiversitätsflächen Pflegearbeiten durchgeführt werden, usw. usf.
- Grundsätzlich ist alles dafür zu tun, dass der Nachwuchs einen Sinn im Leben sieht, dass er Fähigkeiten lernt, um sich mit den Problemen und Anforderungen der Technik und Gesellschaft kompetent zu befassen, und um zu lernen, einen Text zu verstehen, der nicht nur aus kurzen Sätzen von 5 bis 6 Worten besteht (wie seit vielen Jahren in vielen Zeitungen so gehandhabt), sondern wie der aktuelle hier mit Sätzen, die mehrere Zeilen umfassen.
- Schliesslich sind die Kinder und Jugendlichen dahingehend aufzuklären und zu schulen bzw. zu belehren, darauf achtzugeben, sich nicht in virtuellen Welten zu verlieren und die künstliche Intelligenz (KI) für sie denken zu lassen. Das bedeutet auch, dass sie sich der Gefahr bewusst werden, dass wenn sie ihre Inspiration und Kreativität an KI delegieren, sie schrittweise und unmerklich an Vernunft- und Verstandeskapazität einbüßen und ihr Gehirn einem Verkümmierungsprozess überlassen. (Notiz am Rande: Dieser Essay wurde hundertprozentig ohne Nutzung von KI verfasst.).

Schlussfolgerungen

Wer sich bemüht hat, die Gesamtheit der oben aufgeführten Verbesserungs- bzw. «Heilungsempfehlungen» zu lesen, zu überdenken und eigene Schlüsse zu ziehen sowie weiterführende Konsequenzen in Betracht zu ziehen, wird erkennen, dass grundsätzlich eine «Heilung der gesundheitlich angeschlagenen Schweiz» möglich ist, dies jedoch nur dann, wenn die auf die einzelnen «Organe» einwirkenden «Giftstoffe» massiv vermindert werden und gleichzeitig das Immunsystem gestärkt wird, was wie beim Menschen hauptsächlich dadurch möglich ist, indem gesunde, aufbauende und realistische Gedanken gepflegt werden, wodurch die Psyche in einem ausgeglichen-harmonischem Zustand gehalten werden kann. Ein solcher mentaler Zustand führt nämlich zu einer erhöhten Widerstandskraft im Hinblick auf aller Art möglicher Problemstellungen und Gefährdungen, denen auszuweichen in der stets rascher aus den Fugen geratenden Welt nicht umfänglich möglich ist.

Als ein Mensch, der nicht an den Schalthebeln der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Führungsebenen sitzt, bleibt einem immerhin die Freiheit, sich aus der Herde der im «Mainstream» schlafwandlerisch dahintreibenden Masse derart auf festen Boden zu entfernen, dass eine neutrale, realistische und zweckmässige Standortbestimmung möglich wird. So lassen sich dann Strategien und Verhaltensweisen sowie eine Bewusstseinshaltung entwickeln, die darauf ausgerichtet sind, einerseits die eigene Lebenszeit langfristig zu erhalten, und andererseits den eigenen privaten Entscheidungsspielraum möglichst gross zu gestalten sowie die private Autarkie zu verteidigen. Dies bedeutet u.a., dass Vorsorgemassnahmen eingeleitet und durchgeführt werden, die verhindern, dass man selbst bei den kommenden, drohenden gesellschaftlichen und umweltmässigen «Kalamitäten» zu den ersten Opfern gehört und an Vermögen, Leib und Leben geschädigt wird. Konkret an ein paar Beispielen heisst das u.a., dass Aspekte wie Wohnen in gefährdeten Zonen, Beteiligung an gewaltsamen Demonstrationen, fehlender Notvorrat, usw. usf. entweder vernachlässigt oder zielstrebig verbessert werden können. Und als Maxime Nr. 1 gilt nach wie vor: Konzentration auf das, was persönlich durch Eigeninitiative geändert werden kann, und interessiert, bewusst und nachdenklich zur Kenntnis nehmen, was nicht direkt beeinflusst werden kann, aber trotzdem im Auge zu behalten ist.

Die Welt spinnt – wir halten dagegen!

Unabhängigkeit verteidigen, Massenzuwanderung stoppen

Christoph Blocher; 26. Januar 2024

hf. Zum 36. Mal hat alt Bundesrat Christoph Blocher am vergangenen Freitag seine markante, wegweisende Albisgütli-Rede gehalten. Diesmal unter dem Titel «Die Welt spinnt – wir halten dagegen!» Er geisselte die Verwahrlosung namentlich in der westlichen Welt und insbesondere der gigantisch verschuldeten EU. Umso idiotischer seit es, dass die Classe politique unser Land dieser Fehlkonstruktion unterwerfen wolle und bereit sei, dafür unsere einzigartige, erfolgreiche Staatsform preiszugeben. Er und die SVP würden alles tun, damit dies nicht geschehe.

«Wir halten dagegen!» Nachstehend publizieren wir die denkwürdige Rede in gekürzter Form. Leider wird es Blochers letzte Albisgütli-Rede sein.

Meine Damen und Herren, ein Blick in die westliche Welt – und vor allem in die EU – zeigt: Diese Welt ist aus den Fugen geraten, sie spinnt! Nach dem Fall der Mauer und dem Ende des kalten Krieges beteuerten die sogenannten führenden Leute 1989, es werde keinen Krieg mehr geben. Und was sehen wir heute? Der Krieg ist nach Europa zurückgekehrt, was wir normalen Menschen vorausgesehen hatten. Der Nahe Osten erlebt eine unvorstellbare Rückkehr der Brutalität. Diese naheliegende Möglichkeit der Hamas wollte niemand sehen – nicht einmal die israelische Regierung. Und der Westen will nur noch mit solchen Staaten wirtschaftlich verkehren, die seine sogenannten «Werte» teilen. Besser wäre es, weltweit Handel zu treiben und so unseren Planeten friedlicher zu machen.

Schauen wir aber in die EU –und insbesondere auf ihren Zahlmeister Deutschland – hat sich der Schuldenberg seit 1980 von 240 Milliarden Euro auf 2500 Milliarden mehr als verzehnfacht. Deutschland zahlt nicht nur viel an die EU, diese hat auch noch eine Schuld von 1000 Milliarden Euro. Und in ein solches Gebilde wollen der Bundesrat, die Mehrheit des Parlamentes und auch die Wirtschaftsverbände die Schweiz treiben? Das ist nicht nur gesponnen, sondern idiotisch!

Und die Schweiz?

Für viele Ausländer leben wir auf einer Insel der Glückseligen. Warum? Nicht weil wir besser oder gescheiter wären, sondern weil wir eine bessere Staatsform haben. Kurz: Weil wir noch unabhängig sind, und weil das letzte Wort in der Gesetzgebung beim Stimmvolk und den Kantonen liegt. So können die Politiker weniger Dummheiten machen.

Und ausgerechnet diese Stärke will die schweizerische Obrigkeit abschaffen. Die Gefahr ist gross, dass auch die Schweiz zu spinnen beginnt. Gewiss, die Schweizer Verschuldung liegt etwas tiefer als in den anderen Ländern, aber auch bedrohlich zu hoch. Die Politiker versuchen, die Schuldenbremse – eine weitere Stärke der Schweiz – zu lockern und zu umgehen. Sie suchen Tag und Nacht nach Wegen, die Steuern, Abgaben und Gebühren noch mehr zu erhöhen. Die Linke will jetzt schnell Steuererhöhungen, und das mit dilettantischen Rezepten.

Ihr Stosstrupp ist die Juso, sie verlangt eine Erbschaftssteuer für die Reichen. Die SP, die Grünen und die noch schwankende Mitte und GLP bilden den Hauptharst. Die Volksinitiative fordert 50 Prozent Erbschaftssteuer für Vermögen über 50 Millionen Franken. Tönt doch gut, oder? Es seien ja nur wenige, die das trifft. Doch die Initianten haben vergessen: Diese Vermögenden, die bestraft werden sollen – zum grossen Teil Unternehmer –, gehören zum obersten *einen* Prozent der Steuerpflichtigen, die für 40 Prozent der Steuereinnahmen aufkommen.

Eines kann ich voraussagen: Niemand wird diese Erbschaftssteuer bezahlen! Die Betroffenen werden dafür sorgen, dass sie entweder beim Erbgang kein 50-Millionen-Vermögen mehr haben oder ihren Wohnsitz ins Ausland verlegen. So oder so werden sie dann aber auch die jährlichen ordentlichen Steuern in der Schweiz nicht mehr bezahlen. Zahlen würde einmal mehr der Mittelstand.

Ich habe als Bauer gelernt: Die besten Milchkühe bringt man nicht zum Metzger, sondern man melkt sie. Aber die Linke macht mit den guten Steuerzahlern das Gegenteil.

Sie sehen: Die Welt spinnt auch in der Schweiz. Unser solides Land wird heute zunehmend von links – also sozialistisch – untergraben. Darum ist Gegensteuer das Gebot der Stunde.

Nein zur 13. AHV-Rente

Am 3. März werden wir an die Urne gerufen. Natürlich wäre es schön, eine 13. AHV-Rente zu bekommen. Ich als AHV-Bezüger nähme auch noch gerne eine vierzehnte und fünfzehnte. Und trotzdem müssen wir Nein sagen. Denn als verantwortungsvolle bürgerliche Partei fragen wir: «Wer soll das bezahlen?» Wollen wir noch mehr Lohnabzüge, also tiefere Nettolöhne für alle, und trotzdem noch teurere Produktionskosten? Oder wollen wir höhere Steuern? Das heisst mehr Inflation und für alle weniger zum Leben. Nein und nochmals nein, meine Damen und Herren, die SVP will die AHV retten, und nicht zerstören.

Zur Sicherheit der Schweiz

Die Schweiz wurde dank der bewährten schweizerischen Neutralitätspolitik vor schrecklichen Weltkriegen verschont. Zweihundert Jahre ohne Krieg, das soll uns einer nachmachen! Aber statt diese Stärke hochzuhalten, ergreift auch die Schweiz Sanktionen der EU gegen eine Kriegspartei (eine Atommacht!) und wird selber Kriegspartei. Darum haben wir die Neutralitätsinitiative lanciert. Sie ist ein entscheidender Gegen-schlag gegen die Kriegstreiber im Bundeshaus.

Wo wir hinschauen: Was sich bewährt hat, wird pubertär zur Seite geschoben. Eingebildete Schnösel, selbstgefällige Grünschnäbel und überhebliche, unreife Hochschulabgänger beseitigen solides politisches Handwerk.

Sie sehen, auch die Schweiz beginnt zu spinnen. Die SVP muss dringend Gegensteuer geben. Das Land braucht die SVP.

Hauptbedrohungen

Die Hauptbedrohungen für unser Land sind nach wie vor das masslose Bevölkerungswachstum und die Preisgabe der Unabhängigkeit. Das exorbitante Bevölkerungswachstum ist endlich zu bremsen, wie wir dies seit Jahren fordern. Die exzessive Zuwanderung ist die Wurzel allen Übels. Wenn im Parlament wieder nichts passiert, obwohl alle gesetzlichen Grundlagen vorhanden sind, ist mit den Wahlen 2027 Remedur zu schaffen – dann, meine Damen und Herren, wird es «räble». Ideen dazu habe ich bereits im Kopf.

Kampf für die Unabhängigkeit – gegen Kolonialverträge

1992 tat die Classe politique alles, um die Schweiz in den EWR und in die EU zu treiben. Doch die Obrigkeit hat die Rechnung ohne die Zürcher SVP gemacht. Diese trat hier im Albisgütli-Saal als erste und einzige Partei an einer denkwürdigen kontradiktatorischen Versammlung am 3. Juli 1992 an. Sie fasste überdeutlich die Nein-Parole gegen den EWR/EU-Beitritt und sprach sich damit klar für eine freie, direktdemokratische, souveräne Schweiz aus. Es war der entscheidende Schlag gegen den EWR/EU-Beitritt. Darum ist dieser Saal das moderne Rütli. Es ist das berühmteste Schützenhaus der Schweiz mit dem Leitspruch: «Üb' Aug' und Hand – fürs Vaterland.»

Wir EU-Beitrittsgegner wurden im Abstimmungskampf von der Obrigkeit, der Verwaltung, den Wirtschaftsverbänden und der Journalistenzunft verunglimpft und unglaublich gemacht. Aber wir trösteten uns mit Friedrich dem Grossen, der gesagt hat: «Wer viele Affen um sich hat, der wird auch oft gebissen.» Solche Affen hat es auch heute mehr als genug! Aber unser Kampf hat sich gelohnt. Bei einer Rekordstimmeteiligung von 78,3 Prozent stimmten die Mehrheit der Stimmbürger und zwei Drittel der Kantone für die schweizerische Unabhängigkeit und damit gegen den Beitritt zu EWR und EU. Ohne diesen Erfolg wären wir heute Mitglied der Europäischen Union.

Doch leider werkelt die Classe politique auch nach 1992 weiter an der Preisgabe der schweizerischen Unabhängigkeit – mit dem Rahmenabkommen Schweiz–EU. Aber der Bundesrat sah ein, dass das Schweizer Volk diesem Vertrag niemals zustimmen würde und beerdigte ihn im Mai 2021 gleich selbst.

Die erfolgreiche Schweiz aufgeben?

Aber wie es schon Schiller sagte: «Das eben ist der Fluch der bösen Tat, dass sie, fortzeugend, immer Böses muss gebären.» Die EU-hörige Classe politique gibt auch heute wieder keine Ruhe. Am 15. Dezember 2023 trumpfte der Bundesrat auf: Er strebe eine Paketlösung an, nicht mehr einen Rahmenvertrag. Statt die Schweiz einzurahmen, soll sie jetzt eingepackt werden!

Aber es ist genau der gleiche Kolonialvertrag. Dieser soll perfiderweise in sieben Verträge – in sieben Kolonialverträge – aufgeteilt werden, wohl um die Gegner und das Schweizer Volk zu zermürben.

Wieder will man wie schon 1992 und 2021 dafür sorgen, dass künftig die EU die Schweizer Gesetze erlässt und der EU-Gerichtshof endgültig entscheidet. Das Schweizer Volk und die Schweizer Souveränität sollen ausgeschaltet werden.

Dieser Schritt ist heute noch unverständlicher als 1992, denn dieser Angriff trifft heute auf eine Schweiz, die in allen Rankings obenauf schwingt. Man will ausgerechnet eine erfolgreiche Schweiz aufgeben, der es besser geht als den anderen Ländern.

Sollten Bundesrat und Parlament sogar die Volksabstimmungen über die «Paketlösung» mit Brüssel aushebeln (was der Mitte-links Mehrheit zuzutrauen ist), werden die Wahlen 2027 für diese ein böses Ende nehmen. Dann lautet die Gretchenfrage: Wollt Ihr Bürger weiterhin Politiker, die die Schweiz preisgeben und Euch das Stimmrecht wegnehmen? Und noch mehr Leute werden die SVP wählen!

Schlusswort

Die SVP darf stolz sein, was sie bereits bewirkt hat. 1977, als ich die Führung der SVP des Kantons Zürich übernommen habe, betrug ihr Wähleranteil schweizweit 9,9 Prozent. Heute ist die SVP Schweiz mit 28 Prozent die mit Abstand stärkste Partei des Landes.

Zudem haben wir am 6. Dezember 1992 die Jahrhundertabstimmung über den EWR/EU-Beitritt gewonnen und die Unabhängigkeit der Schweiz gerettet. Und 2021 wurde das Rahmenabkommen auf Druck der SVP zurückgezogen. Das soll eine andere Partei zuerst nachmachen!

Wachsam bleiben

Meine Damen und Herren, für Kleinmut und Missmut ist also kein Platz. Aber wir müssen wachsam bleiben und auch anfällige Personen in den eigenen Reihen stets wieder ermahnen, damit aus der erfolgreichen SVP nicht ein Club von Karrierepolitikern wird.

Besinnen wir uns am Anfang des politischen Jahres aus den folgenden einen Wegspruch, den ich auf einer Wanderung entdeckt habe. Es ist die Eidesformel der Talbehörde im freiburgischen Tavers von 1622:

«Wir haben von Gottes Gnaden eine schöne Fryheit.

Wir haben eigen Macht und Gewalt zu setzen [...].

Wir sind gottlob keinem frömden Fürsten und Herren nichts schuldig noch unterworfen, denn allein dem allmächtigen Gott.»

Möge uns Gott bei unseren grossen Aufgaben helfen!

Es lebe die Schweiz!

Quelle: <https://schweizerzeit.ch/>

Welche Schweiz wollen wir?

Marco Chiesa

hf. Wir publizieren nachstehend das eindrückliche Votum, das Parteipräsident Marco Chiesa am 11. November 2023 anlässlich der Delegiertenversammlung der SVP Schweiz im thurgauischen Alterswilen gehalten hat. Nach einem Rückblick auf die erfolgreichen Wahlen vom 22. Oktober dankte er allen Beteiligten, «die dazu beigetragen haben, dass wir fast 100'000 zusätzliche Wählerinnen und Wähler gewinnen konnten.» Vor allem aber hat er die Ziele genannt, für welche die SVP in den kommenden Jahren kämpfen werden.

Geschätzte Delegierte, welches ist der wichtigste Grund für unseren Wahlerfolg? Wir sprechen über die Themen, welche die Leute beschäftigen. Die Wählerinnen und Wähler wollen in zentralen Fragen eine andere Politik. Sie haben die Nase voll vom links-grünen Asyl-Chaos, von der links-grünen masslosen Zuwanderungs-Politik, von der links-grünen Klimahysterie und von der links-grünen Verbots-Politik. Diesen Wählerauftrag müssen wir mit aller Kraft umsetzen!

Wir haben den klaren Auftrag gefasst, die Erfolgsgeschichte der Schweiz weiter zu schreiben. Die Gründe dafür sind unsere direkte Demokratie, unser Föderalismus, unsere Neutralität und unsere Unabhängigkeit. Doch diese Stärken geraten immer wieder unter Druck. Deshalb müssen wir sie verteidigen.

Diese Schweiz wollen wir

- Wir wollen eine unabhängige und neutrale Schweiz. Wir wollen keinen Unterwerfungsvertrag mit der EU und keine fremden Richter.
- Wir wollen keine 10-Millionen-Schweiz. Wir wollen die Zuwanderung selbst steuern und weiter in einer schönen und intakten Heimat leben.
- Wir wollen das Asyl-Chaos stoppen. Wir wollen kriminelle Ausländer konsequent ausschaffen.
- Wir wollen weniger Steuern, Abgaben und Gebühren. Wer hart arbeitet, soll mehr Geld im Portemonnaie haben. Wir wollen einen schlanken Staat und keine fette Verwaltung.
- Wir wollen mehr Freiheit und mehr Wohlstand. Wir wollen keine neuen Gesetze, Verbote und Regulierungen.
- Wir wollen keine Unterwanderung der Gesellschaft durch Links-Grün, sei es durch Klimakleber, Gender-Terror oder Verbots-Wahnsinn.

Dank dem Wahlerfolg der SVP wurde das bürgerliche Lager gestärkt. Links-Grün wurde geschwächt. Auch dies ist ein klares Signal: Die Wähler haben genug von Ideologien und teuren Träumereien. Sie wollen eine realistische, bodenständige Politik. Dafür steht die SVP. Nur dank der SVP hat die Schweiz das institutionelle Abkommen mit der EU beerdigt. Aber Achtung: **Die anderen Parteien wollen sich immer noch bei der EU anbieten.** Nur die SVP setzt sich konsequent für die Interessen der Schweiz ein. Wir werden **jegliche Anbindung an EU oder Nato bekämpfen**. Es darf keinen schleichenden EU-Beitritt geben. Wir sagen NEIN zum Ausverkauf unserer Heimat!

Freiheit und Sicherheit

Die SVP setzt sich **konsequent für die immerwährende, bewaffnete, integrale Neutralität** ein, denn sie hat unserem Land in den vergangenen 200 Jahren Sicherheit und Wohlstand garantiert. Und gerade in der aktuellen Kriegszeit ist die Neutralität wichtiger denn je. Deshalb unterstützen wir die Neutralitäts-Initiative.

Und deshalb lehnen wir eine Annäherung an die NATO, den UNO-Migrationspakt und den WHO-Pandemiepakt ab.

Wir wollen eine freie und sichere Schweiz. Deshalb brauchen wir endlich wieder eine genügend ausgerüstete Armee. Wir müssen mit allen Mitteln sicherstellen, dass wir uns wieder selbst verteidigen können. Und wir brauchen bezahlbare und jederzeit verfügbare Energie.

Selbstbestimmung und Eigenverantwortung

Zentrale Erfolgsfaktoren der Schweiz sind **Selbstbestimmung und Eigenverantwortung**. Diese **Werte** müssen wir auch **in der Altersvorsorge, bei der Sozialversicherung und im Gesundheitswesen stärken**. Die Kosten für die Krankenkassenprämien dürfen nicht weiter steigen. Viele Normalverdiener, viele Familien können die Prämien nicht mehr bezahlen. Heute müssen dafür die Steuerzahler herhalten. Diese **links-grüne Umverteilung** müssen wir **stoppen**. Für Asylanten und Personen mit ungeklärtem Aufenthaltsrecht ist eine «Krankenkasse light» zu schaffen.

Die Explosion der Sozialausgaben ist auf allen Ebenen zu stoppen. Die **Zuwanderung in unsere Sozialsysteme muss aufhören**. Der **Zugang der Zuwanderer in unser Gesundheitssystem** ist zu **begrenzen**. Wir müssen eine Debatte über kostendeckende Einwanderungspauschalen führen. Im Tourismus kennen wir die Kurtaxen. Erheben wir eine «Kurtaxe» für Einwanderer!

Masslose Zuwanderung und Asyl-Chaos stoppen

Geschätzte Delegierte, es ist eine Tatsache – und die Wahlergebnisse bestätigen es: **Fast alle Probleme, die wir heute in unserem Land haben, sind auf die masslose Zuwanderung zurückzuführen**. Heute kommen zu viele und die Falschen. Mit der Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» schützen wir unser Land, unsere Bevölkerung, unsere natürlichen Ressourcen. Das **Asyl-Chaos muss dringend gestoppt werden**. Mehr als 129'000 Personen befinden sich aktuell im Asylprozess! Und dabei sind die **meisten dieser Asylanten gar keine Flüchtlinge! Wir wollen einen Asyl-Stopp**. Asylgesuche sollen nur noch in Transitzone ausserhalb der Schweiz bearbeitet werden. Wer sich illegal hier aufhält oder kriminell wird, muss die Schweiz verlassen. Staaten, die sich weigern, Abgewiesene zurückzunehmen, sollen von den Schweizer Steuerzahlern auch keine Entwicklungshilfe mehr bekommen.

Systematische Grenzkontrollen

Um unsere **Sicherheit** zu wahren und den Asylmissbrauch zu verhindern, müssen wir auch wieder **systematische Grenzkontrollen** einführen. Ein Asylbewerber, der auf dem Landweg von Italien kommt und in Chiasso ein Gesuch stellt – das darf es laut Dublin gar nicht geben. Aber es ist leider Alltag.

Geschätzte Delegierte, **die Mitte-links-Mehrheit der letzten vier Jahre war verheerend**. Jetzt ist die Zeit gekommen für eine Kurskorrektur. **Schluss mit ideologischen Experimenten! Schluss mit teuren Utopien!** Die Wähler wollen frei, sicher und in Wohlstand leben. Sie wollen eine neutrale, unabhängige und eigenständige Schweiz. Genau dafür steht die SVP. Genau dafür setzen wir uns ein – für eine sichere Zukunft in Freiheit. Machen wir uns an die Arbeit!

Quelle: <https://schweizerzeit.ch/>

So ergeben sich eben «versehentlich» Zufälle

Aufgeschaltet am 10. März 2021 auf Facebook von Anonymous Österreich

Die Masken beginnen abzufallen!

«Das chinesische Biologielabor in Wuhan gehört zur GlaxoSmithKline, der (**zufällig**) Pfizer gehört!» (derjenige, der den Impfstoff gegen das Virus herstellt, das (**versehentlich**) im Wuhan Biological Lab gestartet wurde und das (**versehentlich**) von Dr. Fauci finanziert wurde, der (**versehentlich**) für den Impfstoff wirbt! GlaxoSmithKline wird (**zufällig**) von der Finanzabteilung von Black Rock verwaltet, die (**zufällig**) die Finanzen der Open Foundation Company (Soros Foundation) verwaltet, die (**zufällig**) die französische AXA betreibt!

Zufälligerweise besitzt Soros die deutsche Firma Winterthur, die (**zufällig**) ein chinesisches Labor in Wuhan errichtete und von der deutschen Allianz aufgekauft wurde, die (**zufällig**) Vanguard als Aktionär hat, der (**zufällig**) Aktionär von Black Rock ist, der (**zufällig**) kontrolliert die Zentralbanken und verwaltet rund ein Drittel des globalen Investitionskapitals.

Black Rock ist (**zufällig**) auch ein Hauptaktionär von MICROSOFT, im Besitz von Bill Gates, der (**zufällig**) ein Pfizer-Aktionär ist (Er verkauft einen Wunderimpfstoff) und (**zufällig**) jetzt der erste Sponsor der WHO ist!

Jetzt verstehen Sie, wie eine tote Fledermaus, die auf einem feuchten Markt in China verkauft wurde, den GESAMTEN PLANETEN infizierte!»

??????

Aus Anlass der Bauernproteste Eine Warnung vor US-Oligarchen, die die Medien verschweigen

von Anti-Spiegel — Thomas Röper, 15. Januar 2024 22:21 Uhr

Es ist ein Oxfam-Bericht zu Ungleichheit erschienen, der deutlich vor der Macht der US-Oligarchen warnt. Das allerdings verschweigen Medien wie der Spiegel, dort erfährt man nur, dass die fünf reichsten Männer der Welt ihr Vermögen seit 2020 mehr als verdoppelt haben, aber nicht, wo das tatsächliche Problem ist.

Der Oxfam-Bericht zu Ungleichheit ist eine durchaus lesenswerte Lektüre. Der Spiegel hat darüber unter der Überschrift «Oxfam-Bericht zu Ungleichheit – Die fünf reichsten Männer der Welt haben ihr Vermögen seit 2020 mehr als verdoppelt» berichtet und leider die interessanten Informationen verschwiegen. Das gilt für praktisch alle Medienberichte über den Oxfam-Bericht.

Die Kernaussage des Spiegel-Artikels ist ziemlich banal und wohl für niemanden überraschend:

«Demnach haben die fünf reichsten Menschen der Welt – allesamt Männer – ihr Vermögen seit 2020 mehr als verdoppelt. Bei den Männern handelt es sich um Elon Musk, Jeff Bezos, Bernard Arnault, Larry Ellison und Warren Buffett. Gleichzeitig wurden fast fünf Milliarden Menschen, die ärmsten 60 Prozent, noch ärmer.»

Wahrscheinlich wäre die Tatsache, dass fast fünf Milliarden Menschen noch ärmer geworden sind, für die Spiegel-Redaktion weniger schlimm, wenn unter den fünf reichsten Menschen der Welt auch ein paar Frauen wären, oder was soll der explizite Hinweis darauf, dass es sich dabei um «allesamt Männer» handelt? Aber das ist nicht der entscheidende Punkt. Entscheidend ist, dass der Oxfam-Bericht derzeit hochaktuell ist, denn er hat auch mit den aktuellen Bauernprotesten zu tun. Aber das erzählt der Spiegel seinen Lesern lieber nicht, denn der Spiegel und die anderen deutschen Medien bemühen sich derzeit bekanntlich nach Kräften, die protestierenden Bauern als Extremisten darzustellen, um deren Proteste zu diskreditieren.

Ausserdem ist für westliche Medien jede Kritik an den US-Oligarchen oder dem westlichen System insgesamt ein Tabu, zumal sich die westlichen Medien von den Oligarchen längst großzügig für ihre wohlwollende Berichterstattung bezahlen lassen. Solche Dinge werden als „Verschwörungserzählungen“ diffamiert, die Leser sollen von dem tatsächlichen Kernproblem nichts erfahren.

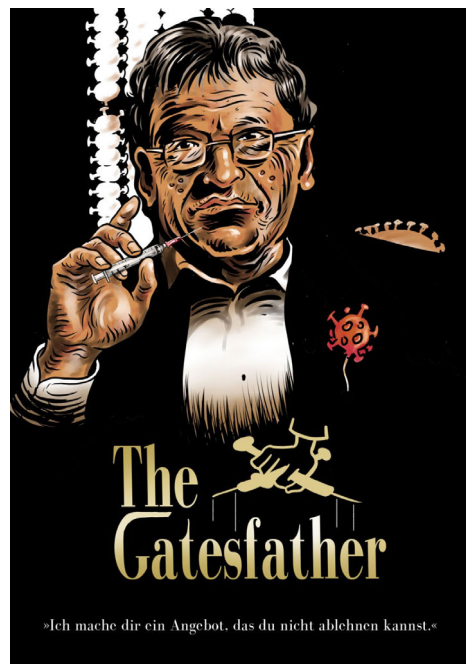
Vom Oligopol zum Monopol

Ich habe erst vor wenigen Tagen den Artikel mit der Überschrift «Agenda 2030 – Warum die kleinen Bauernhöfe im Westen in die Pleite getrieben werden und worum es wirklich geht» veröffentlicht, in dem ich erklärt habe, dass das Höfesterben im Westen kein Naturphänomen ist, sondern das Ergebnis einer koordinierten und geplanten Politik, deren Ziel es ist, die kleinen Bauern aus dem Markt zu drängen und die Lebensmittelproduktion in die Hände einiger weniger Grosskonzerne zu überführen, die dann als Monopolisten den Markt – und damit Preise und Qualität der Lebensmittel – kontrollieren.

Die Politik unterstützt diese Tendenz nach Kräften, indem sie die Arbeitsbedingungen für kleine landwirtschaftliche Betriebe schrittweise immer weiter verschlechtert. Die aktuellen Sparmassnahmen, gegen die die Bauern derzeit protestieren, sind einer dieser kleinen Schritte und die Regierung ist weiterhin fest entschlossen, keine weiteren Kompromisse zu machen.

Ob die Kasper, die in Berlin und Brüssel solche Entscheidungen treffen, überhaupt verstehen, was sie da tun, bezweifle ich. Sie setzen nämlich nur das um, was ihnen die Lobbyisten der Konzerne und die Regierungsberater, die ebenfalls aus dem Dunstkreis der Konzerne kommen, einflüstern. Ein Hampelmann, wie beispielsweise Robert Habeck, der von Wirtschaft so viel versteht, wie eine fette Mastsau vom Im Westen findet in allen Wirtschaftszweigen eine Konzentration der Marktmacht statt, die zwangsläufig zu Monopolen führen wird und derzeit in vielen Branchen schon zu Oligopolen geführt hat, bei denen weniger als eine Handvoll Konzerne einen Markt beherrschen und daher Preisabsprachen treffen können. Das habe ich in meinem Artikel detailliert beschrieben und darauf hingewiesen, dass diese Konzerne wiederum von nur wenigen Superreichen kontrolliert werden, die von den westlichen Medien liebevoll «Philanthropen» genannt werden, obwohl sie in Wahrheit skrupellose Oligarchen sind, die mit ihrem Geld die Politik beeinflussen, um noch reicher und mächtiger zu werden.

Hochsprung, kann gar nicht erfassen, was er da tut.



Der Oxfam-Bericht bestätigt meine Thesen voll und ganz. Dem Problem der Monopole im Westen ist eines der vier Kapitel des Berichts gewidmet. Über die Landwirtschaft erfahren wir dabei unter anderem, dass heute nur zwei globale Konzerne über 40 Prozent des weltweiten Saatgutmarktes kontrollieren. Vor 25 Jahren haben noch zehn Konzerne «nur» 40 Prozent des weltweiten Saatgutmarktes besessen. Ausserdem kontrollieren vier Konzerne 62 Prozent des weltweiten Pestizidmarktes. In der Landwirtschaft ist demnach eine «zunehmende Konzentration in der Produktion und im Handel mit Agrar- und Lebensmittelprodukten» zu beobachten.

Dass es nicht nur um Saatgut, Pestizide und den Handel mit Lebensmitteln geht, steht bei Oxfam nicht geschrieben, aber das habe ich in meinem Artikel aufgezeigt, denn die US-Oligarchen, die die Kontrolle über diese Dinge übernehmen wollen, kaufen auch im grossen Stil landwirtschaftliche Flächen auf, wenn kleine Landwirte aufgeben müssen, weil die Massnahmen der Regierung ihnen eine gewinnbringende Produktion unmöglich machen.

Neokolonialismus, Oligarchen und Clans

Ausserdem bestätigt Oxfam auch die russische Kritik am westlichen System, denn die russische Regierung wirft dem Westen bei jeder Gelegenheit vor, Neokolonialismus zu betreiben. Formell sind die meisten früheren Kolonien heute unabhängige Staaten, aber sie werden weiterhin vom Westen ausgebeutet, wobei auch hier eine Konzentration stattfindet, sodass einige wenige US-Oligarchen den grössten Teil vom Kuchen bekommen. Oxfam schreibt, dass ein «extraktivistisches» Modell im kolonialen Stil aufrechterhalten wird.

Meine Warnung vor den US-Oligarchen wird von Oxfam ebenfalls bestätigt, denn man kann in dem Bericht über die Macht der Investment- und Hedge-Fonds erfahren, dass «die wirtschaftliche Macht solcher Indexfonds so konzentriert ist, dass «in naher Zukunft etwa zwölf Einzelpersonen die praktische Macht über die Mehrheit der US-Aktiengesellschaften haben werden»».

Diese «etwa zwölf Einzelpersonen» sind die von mir als «US-Oligarchen» bezeichneten Superreichen, wobei ich eher von «zwölf Einzelpersonen und Familienclassen» sprechen würde. Bill Gates beispielsweise ist noch eine Einzelperson, aber George Soros ist alt und wird bald sterben. Dann wird sein Vermögen seinen Kindern gehören, wobei Soros bereits festgelegt hat, welcher Sohn den Clan dann als Familienoberhaupt führen wird. Bei Rockefeller ist das schon vor fast hundert Jahren passiert, Rockefeller ist heute ein Clan mit einem Familienoberhaupt, aber die Macht des Rockefeller-Clans ist ungebrochen.

Ich habe das entsprechende Kapitel über Monopole aus dem Oxfam-Bericht übersetzt, damit Sie es selbst lesen und selbst entscheiden können, ob Sie meine Schlussfolgerungen teilen.

Beginn der Übersetzung:

Eine neue Ära der Monopolmacht

In diesem Kapitel wird ein zentrales Instrument untersucht, das die Ungleichheit verschärft hat: die Unternehmenskonzentration und das Wachstum der globalen Monopolmacht. Milliardäre und mächtige Finanzunternehmen dominieren den Besitz von Unternehmensmonopolen, die ihrerseits immer mehr unserer Volkswirtschaften beherrschen und aussergewöhnlichen Reichtum und Macht in die Hände einiger weniger Superreicher verlagern und konzentrieren.

2.1 Monopole schüren Ungleichheit

Wir leben in einer neuen Ära der Monopolmacht. Eine kleine Zahl immer grösser werdender Konzerne übt einen ausserordentlichen Einfluss auf Volkswirtschaften und Regierungen aus, mit – wie dieses Papier zeigt – der weitgehend ungezügelter Macht, die Verbraucher mit Preisen zu übervorteilen, Löhne zu drücken und Arbeitnehmer zu missbrauchen, den Zugang zu wichtigen Gütern und Dienstleistungen einzuschränken, Innovation und Unternehmertum zu vereiteln und öffentliche Dienste und Versorgungseinrichtungen für privaten Profit zu privatisieren.

Monopolistische Unternehmen sind nicht nur groß, sie können auch Märkte kontrollieren, die Regeln und Bedingungen für den Austausch mit anderen Unternehmen und Arbeitnehmern festlegen und höhere Preise verlangen, ohne dass es zu geschäftlichen Einbussen kommt. Genauer gesagt ist ein Monopol «ein Unternehmen mit beträchtlicher und dauerhafter Marktmacht, d. h. der langfristigen Fähigkeit, Preise zu erhöhen oder Wettbewerber auszuschliessen». Monopolistische Macht erzeugt noch mehr Macht und ermöglicht es den Monopolen, von den Unternehmen und Arbeitnehmern in ihrem Gravitationskreis zu profitieren, was zu grösserer Ungleichheit führt.

Gremien wie der IWF sind sich einig, dass monopolistische Macht zunimmt und zur Ungleichheit beiträgt. Monopole bewirken einen gesamtwirtschaftlichen Transfer von der Arbeit zum Kapital – «eine Umverteilung des verfügbaren Einkommens der Vielen in Kapitalgewinne, Dividenden und Managergehälter der Wenigen». Indem sie Knappheit schaffen, um die Preise zu erhöhen und die Gewinne in die Höhe zu treiben, sorgen Monopole für eine regressive Umverteilung von Einkommen und Wohlstand in der gesamten Wirtschaft: von den Arbeitnehmern und Verbrauchern, die durch höhere Gewinnspannen übermässig belastet werden, zu den Führungskräften und Eigentümern, die eher reich sind und Aktien besitzen.

Untersuchungen des IWF haben ergeben, dass die Zunahme der Monopolmacht für 76% des Rückgangs des Anteils des Arbeitseinkommens im verarbeitenden Gewerbe in den USA verantwortlich ist; ohne sie wäre der Anteil des Arbeitseinkommens im 20. Jahrhundert konstant geblieben. Optimistischerweise zeigt die Forschung, dass die Durchsetzung von Antimonopolen diese Trends umkehrt – sie senkt die Preise, erhöht die Zahl der Unternehmensgründungen und steigert die Löhne und die Beschäftigung der Arbeitnehmer. So wie Monopolpreise ärmere Menschen bestrafen, kommen ihnen die Einsparungen durch die Bekämpfung von Monopolen überproportional zugute.

Private Monopole sind kein abstraktes Phänomen; sie spielen eine grosse Rolle bei der Gestaltung des Lebens der einfachen Menschen auf der ganzen Welt – sie beeinflussen, wie viel wir verdienen, welche Lebensmittel wir essen und uns leisten können, zu welchen Medikamenten wir Zugang haben und welche Menschenrechte verwirklicht (oder verletzt) werden. Allzu oft nutzen multinationale Monopole ihre Macht aus, um in die Privatsphäre einzudringen und den öffentlichen Diskurs zu verzerren, wobei sie sich mehr um ihre Gewinne als um nationale oder öffentliche Belange kümmern. Es hat sich auch gezeigt, dass sie in den USA den Rassismus als Waffe einsetzen. Kämpfer für den Zugang zu Arzneimitteln kritisierten beispielsweise den «wissenschaftlichen Rassismus», der eingesetzt wurde, um die gemeinsame Nutzung von Wissenschaft und Technologien für COVID-19-Impfstoffe mit Herstellern in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen zu untergraben.

2.2 Der Höhepunkt der Monopolmacht

Die Regierungen haben es den grössten Unternehmen der Welt ermöglicht, grösser und profitabler zu werden. Apple wird mit 3 Billionen US-Dollar bewertet: Diese Zahl ist grösser als das gesamte BIP von Frankreich, der siebtgrössten Volkswirtschaft der Welt. Die fünf grössten Unternehmen der Welt sind zusammen mehr wert als das BIP aller Volkswirtschaften in Afrika, Lateinamerika und der Karibik zusammen. Und obwohl die enorme Macht von Unternehmen eine globale Geschichte ist, überrascht es nicht, dass US-Konzerne oft den Diskurs über die Macht von Unternehmen dominieren, da sie die meisten der wertvollsten Unternehmen der Welt stellen.

Monopolistische Unternehmen stehen seit 2021 wegen einer «Verkäuferinflation» unter Beobachtung. Als die Angebotsschocks von COVID-19 die Weltwirtschaft erschütterten, konnten grosse Unternehmen in vielen konzentrierten Sektoren, die sich implizit koordinierten, die Preise erhöhen, um ihre Gewinnspannen in die Höhe zu treiben, was wiederum die Inflation anheizte, eine Theorie, die vom IWF und der Europäischen Zentralbank bestätigt wurde. Im Energie-, Lebensmittel- und Pharmasektor kam es zu erheblichen Preiserhöhungen, die es den Unternehmen ermöglichten, ihre Gewinne so schnell zu steigern wie seit 1955 nicht mehr.

Diese opportunistische Intensität der Preiserhöhungen ist neu, der Trend zur Gewinnsteigerung jedoch nicht. Daten von mehr als 70'000 Unternehmen in 134 Ländern aus vier Jahrzehnten zeigen, dass der weltweite durchschnittliche Preisaufschlag – das Verhältnis von Preis zu Kosten – von 7% über den Kosten im Jahr 1980 auf 59% über den Kosten im Jahr 2020 gestiegen ist. Entscheidend ist, dass dieser Anstieg weltweit von marktbeherrschenden Unternehmen der Spitze vorangetrieben wurde, die ihre Marktmacht ausbauen konnten, und nicht von der Mehrheit der Unternehmen. Darüber hinaus wurden die steigenden

Gewinne von grossen multinationalen Unternehmen angetrieben: Der Anteil der multinationalen Gewinne an den weltweiten Gewinnen vervierfachte sich von 4% im Jahr 1975 auf 18% im Jahr 2019.

Die Preisinflation ist nur eine Erscheinungsform der Marktmacht. Gleichzeitig hat sich die relative Grösse von Grosskonzernen vervielfacht. Amazon, das Ende 2023 von der US-Regierung verklagt wurde, wird beschuldigt, seine Monopolmacht zu nutzen, um «die Preise in die Höhe zu treiben, die Qualität zu verschlechtern und Innovationen für Verbraucher und Unternehmen zu ersticken».

2.3 Big Pharma, Big Tech, Big All

Die Marktkonzentration ist allgegenwärtig. Auf der ganzen Welt haben die Unternehmen eine umfassende Konsolidierung durchlaufen:

- Aus 60 Unternehmen fusionierten im Laufe von zwei Jahrzehnten zehn riesige, globale «Big Pharma»-Firmen.
- Zwei globale Unternehmen kontrollieren über 40% des weltweiten Saatgutmarktes (im Vergleich zu 10 Unternehmen, die vor 25 Jahren 40% des weltweiten Saatgutmarktes besaßen).
- Vier Unternehmen kontrollieren 62% des weltweiten Pestizidmarktes.
- Drei Viertel der weltweiten Ausgaben für Online-Werbung gehen an Meta, Alphabet und Amazon.
- Mehr als 90% der Online-Suche wird über Google abgewickelt.
- Die «Big Four» dominieren den globalen Markt für Rechnungswesen mit einem Marktanteil von 74%.
- In der Landwirtschaft ist eine «zunehmende Konzentration in der Produktion und im Handel mit Agrar- und Lebensmittelprodukten» zu beobachten.

Zahlreiche scheinbar einzigartige Produkte in den Supermarktregalen, von Müsli bis Shampoo, gehören in Wirklichkeit ein und demselben Unternehmen. Der Biergigant AnheuserBusch Inbev ist beispielsweise Eigentümer von über 500 Biermarken, darunter Budweiser, Becks, Corona und Stella Artois.

Monopolmacht wird durch viele Geschäftstaktiken verstärkt und ausgeübt, darunter: Fusionen und Übernahmen, geheime Absprachen in konzentrierten Branchen, aggressiver Missbrauch des Schutzes geistigen Eigentums und Exklusivverträge, um Konkurrenten und kleinere Unternehmen aus dem Markt zu drängen. Risikokapitalgeber und Monopole nutzen ihren bevorzugten Zugang zu Finanzmitteln, um monopolistische Unternehmen zu unterstützen, während sie ihre Konkurrenten aushungern, um dann von den überlebenden Unternehmen höhere Renditen zu kassieren. Volkswirtschaften im gesamten Globalen Süden sind auf den Export von Primärrohstoffen, von Kupfer bis Kaffee, für die Verwendung durch monopolistische Industrien im Globalen Norden festgelegt, wodurch ein «extraktivistisches» Modell im kolonialen Stil aufrechterhalten wird.

2.4 Monopol-Geld

Private Finanz- und Vermögensverwalter – die grösstenteils im Auftrag wohlhabender Kunden handeln – spielen eine grosse Rolle bei der Konzentration wirtschaftlicher Macht in wenigen Händen. Private-Equity-Firmen, die seit 2009 weltweit mit 5,8 Billionen US-Dollar an Geldern reicher Investoren ausgestattet sind, haben ihren privilegierten finanziellen Zugang genutzt, um viele Märkte zu konsolidieren, indem sie kleine Unternehmen «aufrollen». Dadurch steigern sie ihre eigenen Gewinne und die der Unternehmen, die sie kaufen, während sie gleichzeitig die Märkte verzerren und sektorübergreifend als Monopolisten auftreten.

Abgesehen von Private Equity verwalten die drei grossen Indexfondsmanager – BlackRock, State Street und Vanguard – zusammen ein Vermögen von rund 20 Billionen US-Dollar. Forschungsergebnisse deuten darauf hin, dass diese Art der Marktkonzentration die Anreize für Unternehmen verringert, miteinander zu konkurrieren, und im Gegenzug die Monopolmacht verstärkt. Zusammen kontrollieren sie fast ein Fünftel aller investierbaren Vermögenswerte der Welt. Gemeinsames Eigentum an so wenigen Finanzunternehmen untergräbt die Fairness in der gesamten Wirtschaft. Darüber hinaus hat eine Harvard-Forschung festgestellt, dass die wirtschaftliche Macht solcher Indexfonds so konzentriert ist, dass «in naher Zukunft etwa zwölf Einzelpersonen die praktische Macht über die Mehrheit der US-Aktiengesellschaften haben werden» – Bedenken, die der Gründer von Vanguard selbst geäussert hat.

Diese Finanzialisierung der Unternehmen, bei der die riesigen Finanzmärkte eine immer grössere Rolle in der Wirtschaft spielen, hat die Konzentration auf kurzfristige Gewinne gegenüber längerfristigen Zielen verschärft. Sie hat auch die Investitionen von produktiven Zwecken weggelenkt und stattdessen im Interesse des extremen Kapitals gehandelt, indem sie viele Nicht-Finanzunternehmen zunehmend auf Finanzinstrumente und -tätigkeiten ausgerichtet hat. Dieser Ansatz wird durch das Modell vieler Hedge-Fonds veranschaulicht, das darin besteht, ein unterbewertetes Unternehmen zu identifizieren und zu kaufen, Vermögenswerte zu verkaufen und Mitarbeiter zu entlassen, um einen kurzfristigen Gewinn zu erzielen, bevor sie zum nächsten Ziel weiterziehen. Hedge-Fonds arbeiten im Auftrag reicher Investoren; die Mindestinvestition in Hedge-Fonds beginnt bei etwa 100'000 US-Dollar und reicht bis zu 2 Millionen US-Dollar.

Wenn grosse Unternehmen Schritte in Richtung missionsorientierter, zielgerichteter Ziele unternehmen, wie z. B. die Zahlung existenzsichernder Löhne oder Massnahmen zur Verringerung des CO₂-Ausstosses, können sie dafür aggressiv angegriffen werden. Es hat sich gezeigt, dass Hedge-Fonds Bemühungen von Unter-

nehmen, nachhaltiger zu handeln, als ein Zeichen dafür ansehen, dass sie Ressourcen verschwenden und den Shareholder Value nicht maximieren. Diese Unternehmen werden zur Zielscheibe der «Buy, Strip and Flip»-Strategie von Hedgefonds. Dies zeigt das 115 Milliarden Pfund schwere feindliche Übernahmeangebot von Kraft Heinz für den Konsumgüterkonzern Unilever im Jahr 2017, das vom brasilianischen Hedgefonds 3G Capital unterstützt wurde. Der globale Norden dominiert den privaten Kapitalmarkt; von den fast 10 Billionen US-Dollar an weltweit verwaltetem Vermögen sind 56% in Nordamerika, 24% in Europa und 18% in Asien angesiedelt.

Ein grosser Teil dieser Mittel fließt jedoch in den globalen Süden. Einigen Schätzungen zufolge sind die privaten Kapitalzuflüsse inzwischen so hoch wie der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe am BIP der einkommensschwachen Länder (LICs), aber einige dieser Investitionen sind sehr volatil und haben kein integratives Wirtschaftswachstum gefördert. Untersuchungen über die afrikanischen Länder südlich der Sahara zeigen, dass Private-Equity-Investitionen in erster Linie in den Finanz- und ICT-Sektor fließen. 83% der Investitionen gingen in nur vier Länder. Auch Untersuchungen aus 31 Ländern des Globalen Südens legen nahe, dass ein Grossteil der Finanzerträge von den grössten Unternehmen erwirtschaftet wird, wodurch lokale Wirtschaftseliten gestärkt werden, die von der finanziellen Integration profitieren. Das Wachstum eines grossen und nicht rechenschaftspflichtigen Sektors schafft neue Herausforderungen für die nationale Souveränität.

2.5 Lehren aus der Vergangenheit

Monopole sind nicht neu. Die im Jahr 1600 gegründete englische East India Company entwickelte sich zum grössten Monopol der Welt und läutete gewaltsam die koloniale Ära ein. Im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert, vor allem in den USA, wurden einige Geschäftsleute im sogenannten «Gilded Age» ausserordentlich reich, indem sie Branchen von der Eisenbahn bis zum Bankwesen monopolisierten. Beispiele hierfür sind John D. Rockefellers Ölimperium oder Cecil Rhodes Kontrolle über das weltweite Diamantenangebot.

Das letzte Mal, als die Vermögenskonzentration so hoch war, gingen die Regierungen in Ländern wie den USA durch eine Ausweitung der öffentlichen Macht gegen private Monopole vor. Sie zerschlugen die Monopole und unterdrückten ihre Macht, indem sie sie einer neuen Wettbewerbs- und Kartellpolitik sowie neuen Finanzvorschriften und Steuern unterwarfen. Gleichzeitig wurde die Macht der öffentlichen Hand gestärkt, indem einige Wirtschaftszweige in öffentliche Versorgungsbetriebe umgewandelt und Wirtschaftszweige von der Elektrizität bis zum Gesundheitswesen (z.B. der National Health Service in Grossbritannien) in öffentliches Eigentum überführt wurden.

Diese Periode durchsetzungsfähiger öffentlicher Politik, die Anfang des 20. Jahrhunderts begann, endete jedoch in den späten 1970er Jahren, als die neoliberale Wirtschaftspolitik die staatliche Regulierung zugunsten des ungehinderten Marktes verdrängte. Die Anti-Monopol-Politik wurde drastisch abgeschwächt und auf einen «Verbraucherwohlfahrtsstandard» umgestellt. Dabei handelt es sich um ein monopolfreundliches Paradigma, das davon ausgeht, dass grosse Unternehmen effizienter sind und den Verbrauchern einen besseren Nutzen bringen. Solange die Verbraucherpreise niedrig sind, sind andere Aspekte wie Grösse, Macht, Fairness und Demokratie unwichtig. Doch selbst wenn man diesen zutiefst fehlerhaften Ansatz für bare Münze nimmt, ist er an sich schon gescheitert: Die Konsolidierung der Märkte hat vorhersehbar zu höheren Preisen für die Verbraucher geführt. Dieser zentrale, wenn auch weniger bekannte Teil der neoliberalen Geschichte hat das Kapital im Dienst der Monopolmacht entfesselt.

Ein weiteres zentrales Element der Geschichte der Unternehmensmonopole, die die globale Ungleichheit vorantreiben – historisch und heute – ist der «ungleiche Austausch», der zum Teil daraus resultiert, dass reiche Nationen und ihre monopolistischen Unternehmen ihre Dominanz in der Weltwirtschaft durchsetzen. Dazu gehören die Senkung der Preise für Rohstoffe und Arbeit in den Ländern des Globalen Südens und die aggressive Durchsetzung von Patentmonopolen, die wiederum durch Machtungleichgewichte in den globalen Finanzregeln und -institutionen ermöglicht wird.

2.6 Von der Demokratie zur Plutokratie

Die von privaten Monopolen geschaffene extreme Machtungleichheit ist eine Form der Korruption, die wirtschaftliche Ungleichheit auflädt. Monopole handeln wie Regierungen, regulieren wie Regierungen und konkurrieren mit Regierungen um Macht. Wie der frühere US-Präsident Franklin D. Roosevelt warnte, ist die Freiheit einer Demokratie nicht sicher, wenn die Menschen das Wachstum privater Macht bis zu einem Punkt tolerieren, an dem sie stärker wird als ihr demokratischer Staat selbst. Auf die Gefahren der wachsenden Macht der Konzerne wies insbesondere der ehemalige chilenische Präsident Salvador Allende hin, der sagte: «Wir stehen vor einer direkten Konfrontation zwischen den grossen transnationalen Konzernen und den Staaten. Die Konzerne mischen sich in die grundlegenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Entscheidungen der Staaten ein.»

Wie in Kapitel 3 gezeigt wird, haben die Konzerne seit langem in ihre Macht durch Armeen von Lobbyisten investiert, was ihnen beträchtliche Gewinne einbrachte. Aber wir wissen, dass das Monopol selbst Macht ist – die Macht, der demokratischen Sphäre politische Entscheidungen zu entreißen. Wie der Milliardär Mark

Zuckerberg feststellte, ist Facebook in vielerlei Hinsicht eher wie eine Regierung als ein traditionelles Unternehmen.

Diese neue Monopol-Ära ist nicht unvermeidlich oder ein natürliches Phänomen, sondern das Ergebnis von Gesetzen und politischen Entscheidungen. Es ist zum Teil eine Herausforderung, die sich aus dem beklagenswert schwachen Wettbewerb ergibt, aber vor allem aus der Konzentration von privatem Reichtum und Macht, die nicht durch öffentliche und demokratische Kontrolle ausgeglichen wird.

Das Zeitalter der Monopolmacht verlangt von uns, dass wir es mit den Monopolisten aufnehmen, um die heutige extreme Vermögenskonzentration zu beenden und die Demokratie zurückzuerobern. Wir müssen private Monopole aufbrechen und verhindern, dass Unternehmen überhaupt zu gross werden; wir müssen das Monopol auf Wissen beenden und geistiges Eigentum demokratisieren; wir müssen die Privatisierung öffentlicher Versorgungsbetriebe stoppen und eine stärkere öffentliche Kontrolle wiederbeleben.

Ende der Übersetzung

US-Biowaffenprogramme und Covid-19

Russland wirft Pfizer den

«Verkauf von für die menschliche Gesundheit gefährlichen Medikamenten vor»

von Anti-Spiegel — Thomas Röper, 16. Januar 2024 15:36 Uhr

Das russische Verteidigungsministerium hat wieder eine Erklärung zu den US-Biowaffenprogrammen veröffentlicht. Darin wirft Russland Pfizer und anderen vor, an der Ausbreitung Pandemie beteiligt gewesen zu sein und «mit dem Verkauf von für die menschliche Gesundheit gefährlichen Medikamenten Superprofite gemacht» zu haben.



Ich erinnere daran, dass die russischen Erklärungen über das US-Biowaffenprogramm keine russische Propaganda sind, sondern dass mir und meinem Informanten, mit dem ich für das Buch «Inside Corona» recherchiert habe, viele der jetzt von Russland veröffentlichten Informationen schon lange aus öffentlich zugänglichen Quellen bekannt waren. Das Pentagon hat das meiste jedoch nach Beginn der russischen Veröffentlichungen vom Netz genommen, um die Spuren zu verwischen, wie ich hier aufgezeigt habe. Wenn Sie nicht wissen, worum es in dem Buch geht, lesen diese beiden aufeinander aufbauenden Artikel dazu. Ich berichte seit Beginn der russischen Militäroperation über die Veröffentlichungen des russischen Verteidigungsministeriums und übersetze alle russischen Erklärungen dazu. Die USA bestreiten zwar, in der Ukraine und anderen Ländern an Biowaffen zu forschen, aber sie lassen im Rahmen der Biowaffenkonvention keine internationalen Kontrollen in den fraglichen Labors zu. Warum nicht, wenn sie nichts zu verbergen haben?

Hinzu kommt, dass das russische Verteidigungsministerium in seinen letzten Veröffentlichungen aufgezeigt hat, dass die US-Regierung die Programme zu vertuschen versucht, indem es sie aus dem Pentagon in andere Ministerien, vor allem das US-Verteidigungsministerium und das US-Energieministerium, auslagert, und indem es vermehrt Pharma-Konzerne und NGOs als Auftragnehmer zwischenschaltet.

Die russischen Veröffentlichungen haben international eine Menge Wirbel gemacht, auch wenn westliche Medien das Thema komplett verschweigen. Vor allem die Regierungen der nicht-westlichen Staaten hören den Russen sehr genau zu, was die USA in eine gewisse Bedrängnis gebracht hat, denn ihnen werden immer mehr lästige Fragen gestellt.

Die USA behaupten zwar, alle ihre Forschungen in dem Bereich würden rein zivilen Zielen und der Gesundheits- und Pandemievorsorge dienen, aber immer mehr Staaten fragen sich, warum diese Forschungen dann vom Pentagon, also dem US-Verteidigungsministerium, durchgeführt werden, dessen Aufgabe nicht die Gesundheitsvorsorge, sondern Waffen sind. Hinzu kommt, dass sich in vielen Staaten, in denen die USA bei der «Verbesserung der Gesundheitsvorsorge» helfen, Ausbrüche ungewöhnlicher Infektionen häufen, was man auch in der Ukraine beobachten konnte.

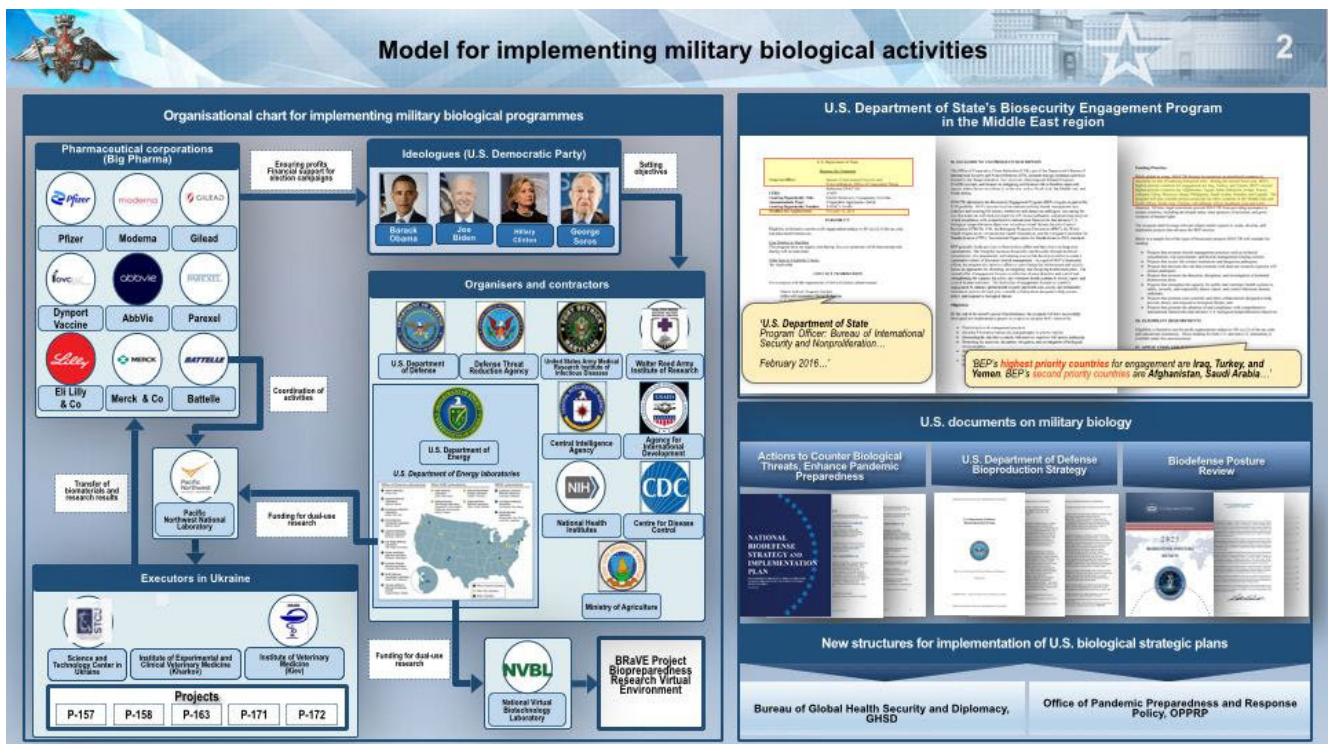
Russland: Covid-19 war eine US-Biowaffe

Russland hat Covid-19 schon im August 2022 als von den USA erschaffene Biowaffe bezeichnet und diesen Vorwurf immer wieder wiederholt. Auch in der aktuellen Erklärung ist das ein Thema. Konkret heisst es in der aktuellen Erklärung, dass die Chefs von Pfizer und Moderna «an der Ausbreitung der COVID-19-Pandemie beteiligt waren und vom Vertrieb minderwertiger Impfstoffe finanziell profitierten», indem sie «mit dem Verkauf von für die menschliche Gesundheit gefährlichen Medikamenten Superprofite gemacht haben».

Die russische Erklärung erwähnt auch wieder die mit Geldern der CIA gegründete Firma Metabiota und die NGO Eco-Health Alliance, die Leser meines Buches «Inside Corona» sehr gut kennen.

Ausserdem wirft Russland den USA vor, verbotene Forschungen an Pocken, Marburg und anderen hochgefährlichen Erregern durchzuführen, wobei sie versuchen, künstliche Erreger dieser Krankheiten zu entwickeln.

Ich habe auch diese Erklärung des russischen Verteidigungsministeriums übersetzt, damit Sie sich ein eigenes Bild machen können. Die Links und Folien habe ich aus dem Original übernommen, im Anschluss an meine Übersetzung der russischen Erklärung finden Sie die gesamte Chronologie der russischen Veröffentlichungen zu dem Thema.



Beginn der Übersetzung:

Im Jahr 2023 führte das Verteidigungsministerium der Russischen Föderation eine detaillierte Analyse der biologischen Aktivitäten des US-Militärs in der Ukraine und in anderen Regionen der Welt durch, die zu einem besseren Verständnis der militär-biologischen Programme führte, die die USA durchführen.

Auf der Grundlage der Analyse von Dokumenten, die während der Militäroperation beschafft wurden, wurde die Struktur des von der US-Regierung geschaffenen Systems für das globale biologische Risikomanagement deutlich. Es umfasst Regierungsbehörden und private Vertragsunternehmen, darunter auch die sogenannten «Big Pharma»-Unternehmen.

Durch die Exekutive der US-Regierung wird die gesetzliche Grundlage für die Finanzierung der militär-biologischen Forschung direkt aus dem Bundeshaushalt geschaffen. Mit Hilfe staatlicher Garantien werden Mittel von Nichtregierungsorganisationen eingeworben, die von der Führung der Demokratischen Partei kontrolliert werden, darunter die Investmentfonds von Clinton, Rockefeller, Soros und Biden.

Die wichtigsten Auftragnehmer des amerikanischen Verteidigungsministeriums sind die Unternehmen «Metabiota», «Black & Veatch» und «CH2M Hill», die für den Bau von Bioobjekten und die Lieferung von Ausrüstung für die Biolabors des Pentagon in der ganzen Welt zuständig sind. Die Arbeiten werden von der Direktion für Bedrohungsabbau des US-Verteidigungsministeriums (DITRA) koordiniert.

Die Aktivitäten dieses Systems zielen darauf ab, Erreger besonders gefährlicher Infektionen in den für die USA strategisch wichtigen Regionen der Welt zu untersuchen, die biologische Situation zu kontrollieren und eine Überlegenheit auf dem Gebiet der Bioproduktion zu erreichen. Eine der vorrangigen Aufgaben ist die sogenannte «biologische Spionage» – die Analyse der epidemiologischen Situation an den Grenzen der geopolitischen Gegner und in den möglichen Einsatzgebieten der Militärkontingente.

Wir haben Material erhalten, das bestätigt, dass das amerikanische Verteidigungsministerium die Aufgabe hatte, die biologische Situation im Nahen Osten und in Zentralasien, in den Grenzgebieten zu China, der Türkei, Pakistan und Saudi-Arabien zu überwachen.

Im Laufe des letzten Jahres hat das Pentagon eine Reihe von konzeptionellen Dokumenten entwickelt und verabschiedet, die eine Ausweitung des ausländischen Netzes der von den USA kontrollierten Biolabore und die Fortführung der militär-biologischen Forschung ausserhalb der nationalen Gerichtsbarkeit vorsehen.

Darüber hinaus wurden im Jahr 2023 administrative und technische Strukturen – das White House Office of Pandemic Preparedness und das Bureau of Global Health and Diplomacy des US-Aussenministeriums eingerichtet, deren Hauptaufgabe darin besteht, die Politik zur weiteren militär-biologischen Expansion umzusetzen.



Während die erklärten Ziele darin bestehen, das Auftreten von Infektionskrankheiten zu überwachen und Entwicklungsländer zu unterstützen, hat das Beispiel der Ukraine deutlich gemacht, wie die Ausweitung des militär-biologischen Potenzials der USA abläuft.

Zu dem Zeitpunkt, als die Militäroperation eingeleitet wurde, führte das Pentagon in dem Land die Projekte UP und TAP durch, die der Erforschung von Erregern besonders gefährlicher und wirtschaftlich bedeutender Krankheiten wie Tularämie, Milzbrand, Hantavirus-Infektionen dienen.

Die Forschung wurde in drei Hauptbereichen durchgeführt. Dazu gehören die Überwachung der biologischen Situation, die Sammlung endemischer Stämme und die Untersuchung der Anfälligkeit der lokalen Bevölkerung.

Im Jahr 2023 förderten die EU-Länder aktiv die Initiative zur Einrichtung eines Netzes von «Exzellenzzentren» im Bereich des ABC-Schutzes, das die Einrichtung von Biolaboren auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR vorsieht. Potenzielle Partner werden aufgefordert, «diese Initiative aufgrund ihrer extremen Sensibilität für die Russische Föderation nicht öffentlich zu machen». Gleichzeitig wird hervorgehoben, dass die zentralasiatischen Staaten «bereits von dieser technischen Zusammenarbeit profitieren».

Die Verteilung der Mittel im postsowjetischen Raum erfolgt unter anderem über ein System von Zuschüssen durch die ukrainischen und internationalen Wissenschafts- und Technologiezentren. Wir möchten die Aufmerksamkeit auf die Namen einzelner Projekte lenken, die in den Staaten Transkaukasiens und Zentralasiens finanziert werden.

Das Projekt 2410 «Bewertung der natürlichen Resistenz des Brucelloseerregers bei Haus- und Wildtieren» zielt auf die Untersuchung der Möglichkeit einer Übertragung dieses Erregers auf den Menschen ab. Die Forschungsarbeiten wurden unter Beteiligung von Spezialisten der Universität von Florida durchgeführt.

Das Projekt 2513 untersucht Risikofaktoren und molekulare Eigenschaften der Resistenz virulenter Enterobacteriaceae in der äusseren Umgebung. Ziel der Forschung ist es, Stämme zu isolieren, die gegen alle bekannten Klassen von Antibiotika immun sind.

Das Projekt 2545 befasst sich mit der Modellierung evolutionärer Veränderungen bei ausgewählten, für den Menschen hochpathogenen Viren. Die Forschung wurde von der nationalen Forschungs- und Innovationsagentur Grossbritanniens unterstützt.

Unter Ausnutzung von Lücken in der internationalen Gesetzgebung baut die US-Regierung ihr militär-biologisches Potenzial in verschiedenen Regionen der Welt konsequent aus.

Besondere Besorgnis erregt die Tatsache, dass die USA jegliche internationale Initiative zur Verifizierung der Biowaffenkonvention blockieren. Dies schließt die Möglichkeit aus, die Aktivitäten von Laboren innerhalb und ausserhalb der USA zu überprüfen. Die Veranstaltungen der Biowaffenkonvention im Jahr 2023 bestätigten einmal mehr die grundsätzliche Abneigung Washingtons, die Verhandlungen über die Einrichtung eines rechtsverbindlichen Verifikationsmechanismus wieder aufzunehmen.

U.S.'s disregard for international law on biological weapons nonproliferation 4

Questions submitted by the Russian Federation to the United States and Ukraine

BTWC Consultative Meeting of the States Parties

1. Questions to the United States regarding compliance with obligations under Part I of Article IV of the BTWC.

2. Questions to the United States regarding compliance with obligations under Part II of Article IV of the BTWC.

3. Questions to the United States regarding compliance with obligations under Part III of Article IV of the BTWC.

4. Questions to the United States regarding compliance with obligations under Part IV of Article IV of the BTWC.

5. Questions to the United States regarding compliance with obligations under Part V of Article IV of the BTWC.

6. Questions to the United States regarding compliance with obligations under Part VI of Article IV of the BTWC.

7. Questions to the United States regarding compliance with obligations under Part VII of Article IV of the BTWC.

8. Questions to the United States regarding compliance with obligations under Part VIII of Article IV of the BTWC.

9. Questions to the United States regarding compliance with obligations under Part IX of Article IV of the BTWC.

10. Questions to the United States regarding compliance with obligations under Part X of Article IV of the BTWC.

11. Questions to the United States regarding compliance with obligations under Part XI of Article IV of the BTWC.

12. Questions to the United States regarding compliance with obligations under Part XII of Article IV of the BTWC.

13. Questions to the United States regarding compliance with obligations under Part XIII of Article IV of the BTWC.

14. Questions to the United States regarding compliance with obligations under Part XIV of Article IV of the BTWC.

15. Questions to the United States regarding compliance with obligations under Part XV of Article IV of the BTWC.

16. Questions to the United States regarding compliance with obligations under Part XVI of Article IV of the BTWC.

17. Questions to the United States regarding compliance with obligations under Part XVII of Article IV of the BTWC.

18. Questions to the United States regarding compliance with obligations under Part XVIII of Article IV of the BTWC.

19. Questions to the United States regarding compliance with obligations under Part XIX of Article IV of the BTWC.

20. Questions to the United States regarding compliance with obligations under Part XX of Article IV of the BTWC.

Measures to strengthen the BTWC proposed by foreign member-states

BTWC Consultative Meeting of the States Parties

1. Strengthening responses to emerging infectious diseases: Drawing lessons from the Ebola outbreak (proposed by Japan)

2. Promotion of gender equality and women's empowerment as an integral part of the institutional strengthening of the BTWC (proposed by Panama)

3. Engaging the next generation in global biosafety and biosecurity: proposals for greater youth participation in the BTWC (proposed by Kenya and Pakistan)

4. Creation of SecBio - an international platform for biosafety and biosecurity (proposed by France)

Organisation for the Prohibition of Chemical Weapons

Based on the voting results, the Russian Federation was not included in the Executive Board

UN Security Council

Results of voting on adopting the resolution:
Voted – 15
Abstained – 2
Absent – 10

Consultative meeting of BTWC member-states

43 delegations spoke at the meeting:
Voted for or took a neutral position – 22 states
Voted against – 21 states

Im Verlauf der Veranstaltungen der Biowaffenkonvention hat die Russische Föderation mehr als 20 Fragen zu Verstößen Kiews und Washingtons gegen die Anforderungen der Konvention aufgeworfen. Sie betrafen die Nomenklatur und die Mengen pathogener Mikroorganismen, die im Rahmen des Programms zur Bedrohungsverringerung erforscht werden, die Durchführung von Forschungen an ukrainischen Soldaten und psychisch kranken Personen sowie das Verschweigen von Fakten über die Zusammenarbeit im militär-biologischen Bereich in den internationalen Berichten durch die Ukraine und die USA. Auf keine der Fragen wurden bisher substantielle Antworten gegeben.

Gleichzeitig zielten die von den USA geförderten Initiativen darauf ab, die Bestimmungen der Konvention und andere Normen der internationalen Gesetzgebung durch eigene «Regeln» zu ersetzen, die im amerikanischen Interesse entwickelt, vom kollektiven Westen unterstützt und Drittländern zur Umsetzung aufgezwungen wurden.

Das zeigte sich auch bei der Arbeit auf anderen internationalen Plattformen, wo westliche Delegationen die Annahme von Beschlüssen nur zu Themen ohne Rücksicht auf die Prioritäten anderer Staaten durchgesetzt haben, die für sie von Interesse waren. Die Aufmerksamkeit wurde bewusst auf sekundäre Themen gelenkt, die nicht direkt mit der Problematik der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen zusammenhängen, wie beispielsweise die Einrichtung verschiedener Datenbanken, die Gleichstellung der Geschlechter, die Beteiligung von Jugendorganisationen an Aktivitäten der Biowaffenkonvention und so weiter.

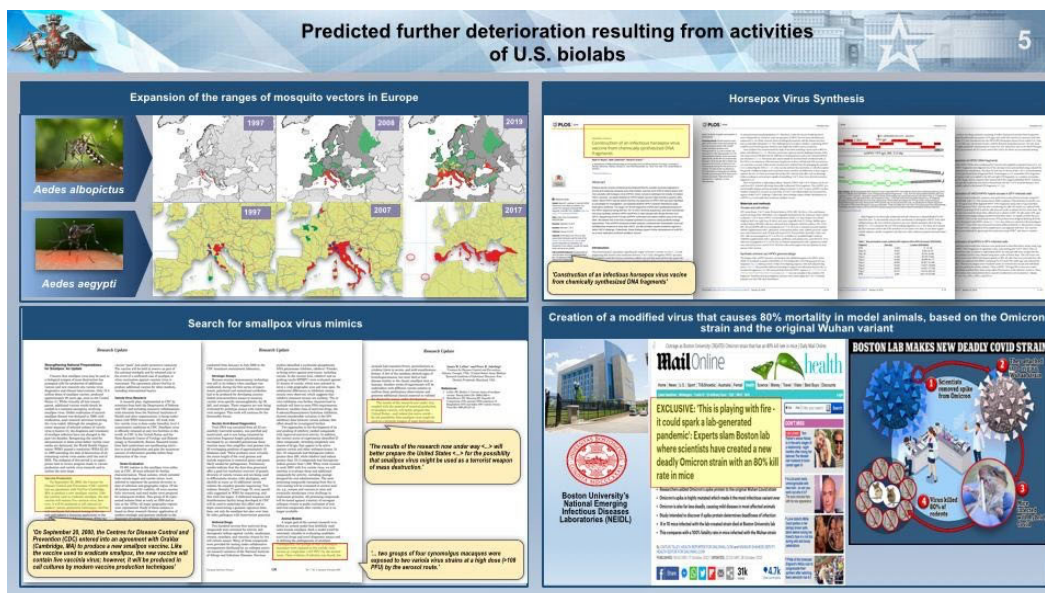
Um den politischen Schaden durch die russischen Enthüllungen zu verringern, versucht die US-Regierung, Druck auf ihre Verbündeten und auf Entwicklungsländer auszuüben. Das ist insbesondere der Grund für die Ergebnisse der Behandlung der Frage der militär-biologischen Aktivitäten der USA in der Ukraine im UN-Sicherheitsrat sowie für das Ergebnis der Abstimmung in der Organisation für das Verbot chemischer Waffen bei der erneuten Wahl Russlands in den Exekutivrat dieser Organisation.

Wir haben wiederholt festgestellt, dass die Arbeit der US-Militärbiologen auf die Bildung «künstlich kontrollierter Epidemien» abzielt und nicht im Rahmen der Biowaffenkonvention und des Mechanismus des UN-Generalsekretärs zur Untersuchung des Einsatzes von Biowaffen kontrolliert wird.

Dabei geht die Prognose der Entwicklung von einer weiteren Verschlechterung der Seuchensituation mit der möglichen Bildung künstlicher Seuchenzentren und einer unkontrollierten Ausbreitung der Vektoren aus.

So wurde in den vergangenen zwei Jahren in Süd- und Mitteleuropa bereits eine Zunahme der nicht endemischen Asiatischen Tigermücke festgestellt. In Deutschland haben sich in fünf Bundesländern Populationen dieser Art etabliert. Eine weitere Stechmückenart, ein Überträger des West-Nil-Fiebers, wurde in Schweden und Finnland nachgewiesen.

Gleichzeitig wurde in den EU-Ländern eine Zunahme uncharakteristischer, durch Vektoren übertragener Infektionen festgestellt. Im Laufe des Jahres wurden in Europa mehr mit Dengue-Fieber infizierte Personen registriert als in den zehn Jahren zuvor. Auch beim West-Nil-Fieber wurde ein Höchststand von mehr als tausend Fällen verzeichnet, von denen 92 tödlich verliefen.



Besonders besorgniserregend ist die wachsende Zahl von Studien mit Pockenviren und anderen für den Menschen pathogener Orthopoxviren, die von Spezialisten des US-Militärs durchgeführt werden. Das betrifft die Bewertung des Affenpockenvirus als potenziell infektiösen biologischen Erreger und die Suche nach Imitationen von Pockenviren.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass nur zwei Institutionen mit diesem Virus arbeiten dürfen: Das Centre for Disease Control in den USA und das staatliche Wissenschaftszentrum «Vektor» in Russland.

Trotz des Verbots durch die Weltgesundheitsversammlung führten Mitarbeiter des US Army Research Institute of Infectious Diseases aerobiologische Experimente mit zwei Stämmen des Pockenvirus durch. Das entsprechende Dokument, aus dem die Beteiligung des US-Militärs an der Forschung hervorgeht, ist auf der Folie zu sehen.

Diese Situation zeigt deutlich, dass die US-Regierung die internationalen Normen für biologische Sicherheit missachtet. Derartige Arbeiten können eine epidemische Notsituation auf globaler Ebene auslösen, da ein erheblicher Teil der Bevölkerung durch den Verlust der Immunität gegen Pocken und andere Orthopoxviren anfällig geworden ist. Ein deutliches Beispiel dafür ist die Affenpockenpandemie und die Zunahme des Auftretens des Kuhpockenvirus weltweit in den letzten zehn Jahren.

Ich erinnere daran, dass amerikanische Forscher ein starkes Interesse an der Synthese von Orthopoxviren haben.

Im Jahr 2017 haben sie ein funktionales Genom des Pferdepockenvirus synthetisiert. Gleichzeitig wurde die Möglichkeit aufgezeigt, Lassa-, Ebola- und Marburg-Viren sowie für den Menschen pathogene Coronaviren künstlich herzustellen.

Eines der jüngsten Beispiele sind die an der Universität Boston durchgeführten Studien zur funktionellen Amplifikation, bei denen der Covid-Erreger durch gezielte Modifikation eine 80-prozentige Letalität erreichte und bei Modelltieren atypische neurologische Symptome und schwere Lungenschäden verursachte.

Die Risiken dieser Dual-Use-Forschung werden durch den Einsatz von Technologien der künstlichen Intelligenz und des maschinellen Lernens erheblich erhöht. Das hat ein amerikanisches Unternehmen deutlich gezeigt, das einen auf künstlicher Intelligenz basierenden Generator für therapeutische Wirkstoffe eingesetzt hat, um potenzielle chemische Kampfstoffe zu erzeugen.

Besonders erwähnen möchte ich die im Jahr 2023 durchgeführten Arbeiten zur Identifizierung der Organisatoren und Teilnehmer an den militär-biologischen Aktivitäten in der Ukraine.

Durch die Analyse der erhaltenen Unterlagen konnten mehr als 50 Personen identifiziert werden, darunter Beamte US-amerikanischer und ukrainischer Regierungsbehörden, Mitarbeiter von Vermittlungsorganisationen und Privatunternehmen.

Dazu gehören die DITRA-Mitarbeiter Kenneth Myers, Robert Pope und Joanna Wintrol sowie die Vertreter der Pentagon-Auftragnehmerorganisationen Battelle und Eco-Health Alliance Kevin Olival, Karen Sailors und Lewis von Thae.

Auf dieser Liste stehen auch ukrainische Bürger, die an der Durchführung der UP- und TAP-Projekte beteiligt waren: Michail Usaty und Tatjana Kirjasowa.

Lange Zeit blieben die Mitarbeiter des ukrainischen Wissenschafts- und Technologiezentrums und von USAID, die Szenarien entwickelten, um die Russische Föderation des Einsatzes von Biowaffen zu beschuldigen, «im Verborgenen».



Ich erinnere daran, dass die entsprechende Schulung im August 2023 in Lwow unter Beteiligung von Vertretern des SBU und der Nationalen Polizei der Ukraine stattfand. An der Veranstaltung nahmen Philippa Lentzos, Gemma Bowsher, die Leiterin des Referenzlabors für künstliche und besonders gefährliche Krankheitserreger, Irina Demtschishina, sowie die Leiterin der Abteilung für biologische Sicherheit und biologischen Schutz des Zentrums für öffentliche Gesundheit des Gesundheitsministeriums der Ukraine, Darja Ponomarenko, teil. Zuvor war Demtschishina als Vermittlerin in der Zusammenarbeit mit der Pentagon-Vertragsorganisation Black & Veatch und deren Vizepräsident Thomas Wohl tätig.

Die Erforschung der Erreger wirtschaftlich bedeutender Infektionen und der Mechanismen ihrer Ausbreitung wurde unter der Leitung von Denis Musika durchgeführt. Viktor Gavrilenko und Alexander Mesinow waren an der Sammlung und Versendung von Material beteiligt.

Unter den am «militär-biologischen Dossier» Beteiligten sind insbesondere diejenigen zu nennen, die an der Ausbreitung der COVID-19-Pandemie beteiligt waren und vom Vertrieb minderwertiger Impfstoffe finanziell profitierten. Dazu gehören die ehemalige CIA-Direktorin Gina Haspel, der US-Gesundheitsminister Alex Azar und der Berater des Weißen Hauses Anthony Fauci, die die Untersuchung der Ursachen der COVID-19-Pandemie absichtlich behinderten und die öffentliche Meinung manipulierten.

Dabei handelt es sich um die Spitzenvertreter der Pharmaunternehmen Pfizer und Moderna, Albert Burla und Stephan Bancel, die mit dem Verkauf von für die menschliche Gesundheit gefährlichen Medikamenten Superprofite gemacht haben.

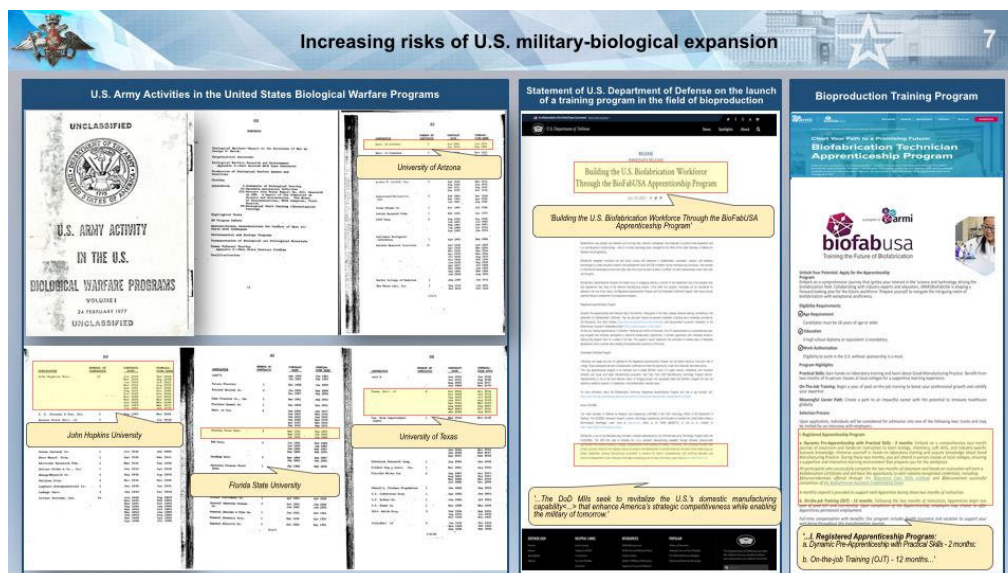
Auf der Liste stehen auch die leitenden Angestellten des Pentagon, Nita Madhav, der CEO von Metabiota, und Peter Daszak, Präsident der EcoHealth Alliance, die an der Geldwäsche aus dem US-Regierungshaushalt beteiligt waren, um den Erreger des neuen Coronavirus zu erforschen und die Pandemie zu bekämpfen. Die auf der Folie dargestellten Beamten der USA und der Ukraine sind nur ein kleiner Teil des militär-biologischen Dossiers; umfassendere Informationen wurden den militärischen Ermittlungsbehörden zur angemessenen rechtlichen Bewertung übergeben.

Wir möchten darauf hinweisen, dass die USA die Konvention 1972 unterzeichnet und 1975 ratifiziert haben. Wir sind im Besitz eines Dokuments aus dem Jahr 1977, also nach der Ratifizierung der Biowaffenkonvention. Es zeigt die wichtigsten Aktivitäten der US-Bodentruppen im Rahmen des Programms zur Entwicklung von Biowaffen. Den Verfassern zufolge wurde dieses Material für Kongressabgeordnete erstellt, um sie für das biologische Programm des US-Verteidigungsministeriums zu sensibilisieren.

Es ist bemerkenswert, dass viele der in dem Dokument aufgeführten staatlichen und wissenschaftlichen Einrichtungen, die als Auftragnehmer des Pentagons an dem Programm zur Entwicklung von Biowaffen beteiligt waren, jetzt an dem von der DITRA in der Ukraine durchgeführten sogenannten «Programm zur Verringerung biologischer Bedrohungen» beteiligt sind. Darunter befinden sich Universitäten in den Bundesstaaten Texas, Florida, Arizona und anderen.

Die Richtung der Forschungsarbeiten hat sich nicht geändert. Die Erreger von Tularämie, Milzbrand und durch Zecken übertragenen Infektionen bleiben die Prioritäten.

Im Oktober 2023 kündigte das US-Verteidigungsministerium den Start eines Programms zur Ausbildung von Spezialisten für die Umsetzung der Bioproduktionsstrategie an, wobei vorrangig ehemalige Mitarbeiter von Militärbehörden mit Erfahrung in militär-biologischen Aktivitäten als Kandidaten in Betracht gezogen werden. In der offiziellen Pressemitteilung heisst es: «Das Verteidigungsministerium wird sich auf die Wiederbelebung der inländischen Produktionskapazitäten der USA konzentrieren..., die die strategische Wettbewerbsfähigkeit Amerikas stärken und die Bildung der Streitkräfte der Zukunft ermöglichen.»



Diese Formulierung könnte auf Versuche Washingtons hindeuten, im Rahmen eines offensiven biologischen Programms Technologien für die Herstellung biologischer Formeln im grossen Stil zu schaffen.

Die systematische Ausweitung der militär-biologischen Aktivitäten stellt somit eine Bedrohung für die Sicherheit der Russischen Föderation und anderer Staaten dar, die von den USA als strategische Gegner betrachtet werden. Das Ausmass der in den USA betriebenen Dual-Use-Forschung und die damit verbundenen globalen biologischen Risiken werfen die Frage nach einer unabhängigen internationalen Untersuchung auf. Aufgrund des beispiellosen Drucks aus Washington haben viele Staaten in dieser Frage eine passive Haltung eingenommen, doch die im Rahmen der Militäroperation erhaltenen Informationen über die Entwicklung von Komponenten von Biowaffen in der Ukraine, die gegen die Artikel 1 und 4 der Konvention verstossen, zwingen sie, ihren Standpunkt zu ändern.

In der gegenwärtigen Situation halten wir es für äusserst wichtig, die Arbeit an einem rechtsverbindlichen Protokoll zur Konvention wieder aufzunehmen, das für alle Vertragsstaaten der Biowaffenkonvention, in erster Linie aber für die USA, verbindlich wäre.

Wir analysieren die eingehenden Dokumente weiter und werden Sie auf dem Laufenden halten.

Ende der Übersetzung

Die Chronologie der russischen Veröffentlichungen

Hier zeige ich noch einmal alles auf, was Russland über die US-Biowaffenlabore in der Ukraine veröffentlicht hat.

Schon Anfang März 2022 hat das russische Verteidigungsministerium Dokumente veröffentlicht, die belegt haben, dass die Ukraine nach Beginn der russischen Militäroperation in aller Eile gefährliche Krankheitserreger vernichtet hat. Im Westen wurde derweil bestritten, dass es diese Krankheitserreger in der Ukraine überhaupt gegeben hätte. Und ebenfalls Anfang März hat das russische Verteidigungsministerium Details über die Krankheitserreger veröffentlicht, an denen geforscht wurde und auch mitgeteilt, welche amerikanischen Organisationen daran geforscht haben.

Was Anfang März 2022 noch «russische Propaganda» war, hat die stellvertretende US-Aussenministerin Nuland ein paar Tage später bei einer Anhörung im US-Parlament unter Eid indirekt bestätigt, aber die westlichen Medien hielten das nicht für berichtenswert. Auch dass die WHO Kiew wiederum nur ein paar Tage später aufgefordert hat, «hochgefährliche Krankheitserreger» zu vernichten, die Kiew laut westlichen Medien und Politikern angeblich gar nicht hatte, fanden die westlichen Medien nicht interessant genug, um darüber zu berichten. Daher weiss davon im Westen auch kaum jemand, während russische Medien im Detail darüber berichtet haben.

Ende März 2022 hat das russische Verteidigungsministerium weitere Details und Dokumente zu dem US-Biowaffenprogramm in der Ukraine veröffentlicht, aus denen unter anderem hervorging, dass unter anderem eine New Yorker Firma namens Rosemont Seneca an der Finanzierung beteiligt war. Stammlesern des Anti-Spiegel ist die Firma ein Begriff, denn sie hat in einem anderen Zusammenhang eine wichtige Rolle in der Ukraine gespielt. Die Firma gehört übrigens Hunter Biden, dem Sohn des US-Präsidenten.

Wie kurz danach öffentlich wurde, haben die US-Spezialisten in der Ukraine auch Tests an Menschen durchgeführt. Weitere Details wurden Mitte April 2022 und Anfang Mai 2022 veröffentlicht. Ausserdem hat der ehemalige US-Präsident Bush Junior Mitte Mai die Existenz der unter ihm in der Ukraine begonnenen US-Biowaffenprogramme, wenn auch unfreiwillig, zugegeben.

Anfang Juni 2022 fand in Moskau eine Konferenz über die Biowaffenprogramme des Pentagon in der Ukraine statt, in der die der Öffentlichkeit bekannten Fakten zusammengetragen wurden und an der auch

ich teilgenommen habe. Darüber habe ich in zwei Artikeln berichtet. Nur wenige Tage später hat das Pentagon zugegeben, 46 Biolabore in der Ukraine finanziert zu haben, allerdings sei es dabei nur um Gesundheitsvorsorge gegangen, Details dazu inklusive Link zur Erklärung des Pentagon finden Sie hier.

Mitte Juni 2022 hat das russische Verteidigungsministerium viele Details über die US-Biowaffenprogramme und die Erreger, an denen geforscht wurde, veröffentlicht, denen Anfang Juli weitere Details folgten.

Anfang August 2022 hat das russische Verteidigungsministerium erklärt, dass es Covid-19 für eine US-Biowaffe hält und Anfang September wurden weitere Details über die US-Biowaffenprogramme in der Ukraine veröffentlicht.

Russland hat im September 2022 eine Sondersitzung der Vertragsstaaten der Biowaffenkonvention erwirkt, den Vertragsstaaten seine Erkenntnisse präsentiert und den USA und der Ukraine 20 Fragen gestellt, von denen sie nicht eine beantworten konnten oder wollten. Darüber hat das russische Verteidigungsministerium im Dezember weitere Details veröffentlicht. Ende Januar 2023 hat das russische Verteidigungsministerium dem weitere Details hinzugefügt.

Anfang März 2023 hat das russische Verteidigungsministerium sich erstmals zu den mRNA-Impfstoffen geäußert und Anfang April 2023 weitere Details über die gefährlichen Impfstoffe veröffentlicht.

Anfang Mai 2023 hat das russische Verteidigungsministerium weitere Details über die Erforschung von Zugvögeln in der Ukraine, die zur Verbreitung von Infektionskrankheiten genutzt werden können, durch das Pentagon veröffentlicht. Ende Mai 2023 wurden weitere Details darüber veröffentlicht.

Im Juni 2023 hat das russische Verteidigungsministerium begonnen, über die Rolle von Bill Gates und über die Forschungen an Mücken und Zecken im Rahmen der US-Biowaffenprogramme zu berichten und im Juli 2023 weitere Informationen darüber veröffentlicht.

Im August 2023 hat das russische Verteidigungsministerium seine Vorwürfe, die USA hätten Covid-19 erschaffen und auch die Pandemie vorbereitet, erhärtet. Dabei hat das russische Verteidigungsministerium davor gewarnt, dass die USA offenbar bereits eine neue Pandemie, allerdings mit weiteraus gefährlicheren Krankheitserregern vorbereiten.

Anfang September 2023 und Anfang Oktober 2023 hat das russische Verteidigungsministerium sein Augenmerk wieder darauf gelegt, darüber zu informieren, wie die USA ihre Programme vertuschen und internationale Kontrollen vermeiden.

Ende Oktober 2023 hat das russische Verteidigungsministerium darauf hingewiesen, dass US-Organisationen wieder Planspiele abhalten, die denen ähneln, die der Covid-Pandemie vorausgegangen sind. Im Dezember 2023 wurden dazu weitere Details veröffentlicht.

Der irakische Premierminister forderte den sofortigen Abzug der US-Streitkräfte und ihrer Verbündeten aus dem Land

von Anti-Spiegel — Thomas Röper, 18. Januar 2024 15:01 Uhr

Dies sei notwendig, um die Stabilität und Sicherheit der Republik zu erhalten, so Mohammed Shia' al-Sudani

Der Abzug der US-geführten internationalen Koalitionstruppen aus dem Irak ist notwendig, um die Stabilität und Sicherheit der Republik zu erhalten. Davon zeigte sich der irakische Premierminister Mohammed Shia' al-Sudani auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos überzeugt.

«Wir wollen, dass der Abzug der Koalitionstruppen aus dem Irak unverzüglich eingeleitet wird, da er notwendig ist, um die Sicherheit und Stabilität in unserem Land zu erhalten und die konstruktiven Beziehungen zu den Mitgliedsländern der Koalition zu bewahren», betonte der Premierminister. Er wies darauf hin, dass die Streitkräfte des internationalen Bündnisses einen wichtigen Beitrag zum Sieg über die Terrororganisation «Islamischer Staat» geleistet haben und dass man im Irak «die Hilfe der Verbündeten zu schätzen weiss». Im Moment jedoch, so al-Sudani, «ist der IS keine Bedrohung mehr für den Irak», so dass es für die Koalitionstruppen keinen Grund mehr gibt, im Land zu bleiben.

Ein weiterer Faktor, der die irakische Regierung gezwungen habe, den Abzug der Truppen der internationalen Allianz zu beschleunigen, seien die Angriffe auf das Hauptquartier der irakischen Sicherheitskräfte gewesen, so der Premierminister. «Vor dem Hintergrund der Angriffe auf irakische militärische Infrastruktureinrichtungen müssen wir einen Dialog über die Beendigung der Mission der Koalitionstruppen im Irak beginnen», betonte er und fügte hinzu, dass das Bündnis selbst «diese Frage sehr ernst nimmt».

Die Lage im Gazastreifen

Im Hinblick auf den eskalierenden Konflikt zwischen der palästinensischen Hamas-Bewegung und Israel warnte al-Sudani, dass er sich ausweitete und «zu einem Krieg führen könnte, der den gesamten Nahen Osten erfassen wird». «Wir sind äusserst besorgt, dass sich diese Konfrontation auf die Region am Roten Meer, den Libanon, Syrien und den Irak ausweiten könnte», sagte der Premierminister.

Al-Sudani tadelte Israel dafür, dass es die UN-Beschlüsse zu Palästina nicht umsetze, während andere Länder «die Aktionen der Israelis im Gazastreifen ignorieren», wo «in jedem Moment Frauen und Kinder sterben» und sich eine humanitäre Katastrophe abspiele, der die Weltgemeinschaft hilflos gegenüberstehe. Der irakische Premierminister wies darauf hin, dass nicht weniger als 78 Erklärungen zur palästinensischen Frage verabschiedet worden seien, von denen jedoch keine vollständig umgesetzt worden sei. Der Premierminister forderte die internationale Gemeinschaft auf, ihren rechtlichen und moralischen Verpflichtungen gegenüber den Palästinensern nachzukommen und «die israelische Besatzung zu beenden».

Verschlechterung der Beziehungen zum Iran

Auf die Frage nach den angespannten Beziehungen zu Teheran angesichts des Beschlusses der irakischen Stadt Erbil betonte Al-Sudani, dass der Iran zwar ein Nachbarstaat sei, mit dem der Irak viele Gemeinsamkeiten habe, Bagdad aber «eigene Interessen habe und niemand die Souveränität des irakischen Staates verletzen könne». Der Premierminister wies darauf hin, dass sein Land sich nicht in die Angelegenheiten anderer Staaten einmische und das auch von seinen Verbündeten und Nachbarn verlange.

Gleichzeitig sagte Al-Sudani, dass der Irak zwar Beziehungen zu vielen Staaten unterhalte, aber nicht zulassen werde, dass sein Territorium zum Ausgangspunkt für Angriffe auf Nachbarländer werde. Der Irak, so der Premierminister, sei «ein äusserst wichtiger Akteur für die Aufrechterhaltung der Stabilität in der Region» und glaube daher «an die Möglichkeit, die Beziehungen zu allen Ländern zu stärken».

Die wirtschaftliche Lage des Irak

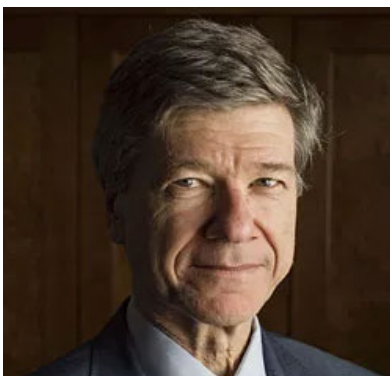
Der Premierminister räumte ein, dass der Irak derzeit stark von Energieexporten abhängig ist. Die Abhängigkeit von den Öleinnahmen habe «die irakische Wirtschaft geschwächt», fügte al-Sudani hinzu, weshalb das Land beabsichtige, ihren Anteil am Haushalt in den nächsten drei Jahren von 95 Prozent auf 80 Prozent zu senken. Eine der grössten Herausforderungen für die irakische Wirtschaft ist nach Ansicht des Premierministers die Diversifizierung ihrer Einkommensquellen, aber er glaubt, dass die Republik jetzt «auf dem richtigen Weg» ist.

Weitere Massnahmen, die Bagdad in naher Zukunft ergreifen will, um die wirtschaftliche Situation zu verbessern, sind verstärkte Investitionen in die Gasindustrie und die «Optimierung der Nutzung der Wasserressourcen». «Der Irak ist dabei, sich völlig zum Besseren zu verändern», sagte al-Sudani zuversichtlich. «Er wird bald ein einheitlicher, stabiler und starker Staat mit einer völlig neuen Wirtschaftsstruktur sein.»

Übersetzung aus der russischen Nachrichtenagentur TASS

Joe Biden ist Handlanger der mächtigen Rüstungskonzerne

Jeffrey Sachs / 29.1.2024 Prof. Jeffrey Sachs © zvg



Der US-Präsident versucht nicht einmal, der endlosen Kriegstreiberei des militärisch-industriellen Komplexes zu widerstehen.

Die Lobby der Rüstungsindustrie ist enorm mächtig. © Shonagh Rae

upg. Diesen Gastbeitrag von Jeffrey Sachs würden die vielen Zeitungen der Verlage NZZ, Tamedia und CH-Media kaum übernehmen. Doch auch diese Sicht gehört in die öffentliche Diskussion. Über den Einfluss des militärisch-industriellen Komplexes hat Infosperber schon mehrmals informiert (siehe ganz unten). Professor Sachs ist Direktor des Zentrums für nachhaltige Entwicklung an der Columbia University in New York. Er war Berater von drei Uno-Generalsekretären und amtiert derzeit als SDG-Berater unter Generalsekretär Antonio Guterres. Dieser Gastbeitrag erschien auf jeffsachs.org.

In der Aussenpolitik haben US-Präsidenten zwei wesentliche Aufgaben:

1. Den militärisch-industriellen Komplex zu zügeln, der stets auf Krieg drängt.
2. Die Verbündeten der USA zu zügeln, die von den USA erwarten, dass sie in ihrem Namen in den Krieg ziehen. Ein paar kluge Präsidenten hatten Erfolg, aber die meisten scheiterten. Joe Biden gehört sicher zu den Versagern.

3.

Einer der klügsten Präsidenten war Dwight Eisenhower. Ende 1956 sah er sich mit zwei gleichzeitigen Krisen konfrontiert.

Die erste war ein katastrophal fehlgeleiteter Krieg, den Grossbritannien, Frankreich und Israel angezettelt hatten, um die ägyptische Regierung zu stürzen und die Kontrolle über den Suezkanal wiederzuerlangen, nachdem Ägypten diesen verstaatlicht hatte. Eisenhower zwang die Alliierten, ihren dreisten und illegalen Angriff zu beenden, unter anderem durch eine Resolution der UN-Generalversammlung, welche die USA unterstützten.

Die zweite Krise war ebenfalls im Jahr 1956 der ungarische Aufstand gegen die sowjetische Vorherrschaft in Ungarn. Obwohl Eisenhower mit dem Aufstand sympathisierte, hielt er die USA klugerweise aus Ungarn heraus und vermied so einen gefährlichen militärischen Showdown mit der Sowjetunion.

Präsident Dwight D. Eisenhower am 17. Januar 1961 über die Gefahr des militärisch-industriellen Komplexes. Während des 2. Weltkriegs war er als General ein Supreme Commander für Europa. © izquotes

In seiner historischen Abschiedsrede an das amerikanische Volk im Januar 1961 warnte Eisenhower die Öffentlichkeit vor einem «verhängnisvollen Aufstieg einer fehlgeleiteten Macht». Er beschrieb damit den immer grösser werdenden Einfluss, wenn nicht gar die Kontrolle der Politik durch den militärisch-industriellen Komplex. Eisenhower weiter:

«Wir dürfen niemals zulassen, dass der Einfluss dieses Komplexes unsere Freiheiten oder demokratischen Prozesse gefährdet. Wir sollten nichts als selbstverständlich ansehen. Nur eine aufmerksame und sachkundige Bürgerschaft kann die riesige industrielle und militärische Maschinerie zwingen, uns so zu verteidigen, dass die Sicherheit und die Freiheit gemeinsam gedeihen können.»

Selbst Eisenhower gelang es nicht, den militärisch-industriellen Komplex und insbesondere die CIA vollständig zu zügeln. Kein Präsident hat dies vollständig getan. Die CIA wurde 1947 mit zwei unterschiedlichen Aufgaben gegründet. Die erste und nützliche Rolle war die eines Nachrichtendienstes. Die zweite und verhängnisvolle Rolle war die eines verdeckten Arms der Armee.

In der letztgenannten Funktion war die CIA seit Eisenhowers Zeiten bis heute für einen katastrophalen Fehlschlag nach dem anderen verantwortlich, darunter Putsche, Attentate und inszenierte «farbige Revolutionen», die allesamt endlose Verwüstungen und Zerstörungen angerichtet haben.

Kennedy stellte sich kriegstreibenden Beratern entgegen

Nach Eisenhower löste John F. Kennedy 1962 auf brillante Weise die Kuba-Krise, indem er ein nukleares Armageddon knapp abwendete. Er stellte sich seinen eigenen kriegstreiberischen Beratern entgegen, um eine friedliche Lösung mit der Sowjetunion zu erreichen. Im darauffolgenden Jahr handelte er trotz der Einwände des Pentagons erfolgreich den Teilvertrag über das Verbot von Atomtests mit der Sowjetunion aus und erreichte die Ratifizierung durch den Senat.

Manche glauben, dass Kennedys Friedensinitiativen zu seiner Ermordung durch abtrünnige CIA-Beamte führten. Biden reiht sich in die lange Reihe von Präsidenten ein, die Tausende von Dokumenten, die mehr Licht in das Attentat bringen würden, unter Verschluss gehalten oder unkenntlich gemacht haben.

Sechzig Jahre später hat der militärisch-industrielle Komplex die amerikanische Aussenpolitik fest im Griff. Wie ich kürzlich beschrieb, ist die Aussenpolitik zu einem Insidergeschäft geworden, bei dem der militärisch-industrielle Komplex den Ton angibt und das Weisse Haus, das Pentagon, das Aussenministerium, die Militärausschüsse des Kongresses und natürlich die CIA kontrolliert. Sie alle arbeiten eng mit den grossen Rüstungsunternehmen zusammen.

Nur ein aussergewöhnlicher Präsident könnte sich der endlosen Kriegstreiberei dieser gigantischen Kriegsmaschine widersetzen.

Biden unterstützt Kriege nach Wahl

Der gegenwärtige Präsident Joe Biden versucht es nicht einmal. Während seiner langen politischen Karriere wurde Biden vom militärisch-industriellen Komplex [finanziell Red.] unterstützt. Im Gegenzug unterstützte Biden Kriege nach Wahl, massive Waffenverkäufe, von der CIA unterstützte Putsche und die NATO-Erweiterung in Europa.

Bidens Militärbudget für 2024 bricht alle Rekorde und erreicht mindestens 1,5 Billionen Dollar an Ausgaben für das Pentagon, die CIA, die Innere Sicherheit, Atomwaffenprogramme ausserhalb des Pentagons, subventionierte Waffenverkäufe ins Ausland, andere militärisch bedingte Ausgaben und Zinszahlungen für frühere Kriegsschulden. Zusätzlich zu diesem Berg von Militärausgaben fordert Biden weitere 50 Milliarden

Dollar an «zusätzlichen Mitteln» für Amerikas «Verteidigungsindustrie», um weiterhin Munition an die Ukraine und Israel zu liefern.

Die Ukraine ist für die Konzerne ein grosses Geschäft

Biden hat keine realistischen Pläne für die Ukraine und lehnte sogar ein Friedensabkommen zwischen Russland und der Ukraine im März 2022 ab. Das Abkommen hätte den Konflikt auf der Grundlage der ukrainischen Neutralität gelöst, indem es den vergeblichen Versuch der Ukraine, der Nato beizutreten, beendet hätte (vergeblich, weil Russland ihn niemals akzeptieren wird).

Die Ukraine ist ein grosses Geschäft für den militärisch-industriellen Komplex: zehn und möglicherweise hunderte von Milliarden Dollar an Rüstungsverträgen, Produktionsstätten in den USA, die Möglichkeit, neue Waffensysteme zu entwickeln und zu testen. Deshalb hält Biden den Krieg am Laufen – trotz der Zerstörung der Ukraine auf dem Schlachtfeld und des tragischen und unnötigen Todes von Zehntausenden von Ukrainern.

Der militärisch-industrielle Komplex und damit auch Biden meiden weiterhin Verhandlungen, obwohl direkte Verhandlungen zwischen den USA und Russland über die Nato und andere Sicherheitsfragen (wie die Stationierung von US-Raketen in Osteuropa) den Krieg beenden könnten.

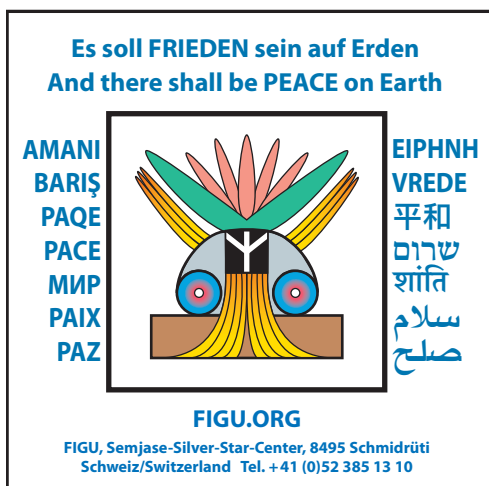
Israels Politik der biblischen Apokalypse

In Israel ist Bidens Versagen noch deutlicher zu sehen. Israel wird von einer extremistischen Regierung geführt, welche die Zweistaatenlösung oder überhaupt jede Lösung ablehnt, die den Palästinensern ihre politischen Rechte zugesteht. Die Zweistaatenlösung ist tief im Völkerrecht verankert, einschliesslich der Resolutionen des UN-Sicherheitsrats und der Generalversammlung und angeblich auch in der Aussenpolitik der USA. Im Rahmen der Zweistaatenlösung setzen sich die arabischen und islamischen Führer für eine Normalisierung und die Gewährleistung sicherer Beziehungen zu Israel ein.

Israel wird jedoch von gewalttätigen Eiferern geführt, die den messianischen Anspruch erheben, dass Gott Israel das gesamte Land des heutigen Palästinas, einschliesslich des Westjordanlands, des Gazastreifens und Ostjerusalems, gegeben hat. Diese Eiferer bestehen daher auf der politischen Vorherrschaft über die Millionen von Palästinensern in ihrer Mitte oder auf deren Vernichtung oder Vertreibung. Netanjahu und seine Kollegen machen keinen Hehl aus ihren völkermörderischen Absichten, auch wenn die meisten ausländischen Beobachter die biblischen Bezüge nicht ganz verstehen, auf die sich die israelischen Führer berufen, um ihr fortwährendes Massenschlachten des palästinensischen Volkes zu rechtfertigen. Israel sieht sich nun vor dem Internationalen Gerichtshof in einem von Südafrika angestrebten Verfahren einer glaubwürdigen Anklage wegen Völkermordes gegenüber. Die von Südafrika und anderen vorgelegten Dokumente sind ebenso eindeutig wie erschreckend. Die israelische Politik ist nicht die Politik des Pragmatismus und schon gar nicht die Politik des Friedens. Es ist die Politik der biblischen Apokalypse. Trotzdem liefert Biden Israel die Waffen, um massive Kriegsverbrechen zu begehen. Anstatt wie Eisenhower zu handeln und Israel zu drängen, sein völkerrechtswidriges Gemetzel zu beenden, fährt Biden fort, Waffen zu liefern. Dabei übergeht er sogar so weit wie möglich die Überprüfung durch den Kongress. Das Ergebnis ist eine zunehmende diplomatische Isolierung der USA vom Rest der Welt und die zunehmende Verwicklung des US-Militärs in einen Krieg, der sich schnell auf den Libanon, Syrien, Irak, Iran und Jemen ausweiten kann. Bei der jüngsten Abstimmung der UN-Generalversammlung zur Unterstützung der politischen Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes standen die USA und Israel allein da – mit Ausnahme von zwei Stimmen: Mikronesien (durch einen Vertrag verpflichtet, mit den USA zu stimmen) und Nauru (12'000 Einwohner). Amerikas Aussenpolitik ist steuerlos, mit einem Präsidenten, dessen einziges aussenpolitisches Rezept der Krieg ist. Obwohl die USA bereits bis zum Hals in den Kriegen in der Ukraine und im Nahen Osten stecken, beabsichtigt Biden zudem, mehr Waffen nach Taiwan zu liefern, trotz der lautstarken Einwände Chinas, dass die USA damit langjährige Verpflichtungen der Ein-China-Politik verletzen, einschliesslich der vor 42 Jahren im Gemeinsamen Communiqué zwischen den USA und der Volksrepublik China eingegangenen Verpflichtung, dass die US-Regierung «nicht beabsichtigt, eine langfristige Politik der Waffenverkäufe an Taiwan zu betreiben». Eisenhowers düstere Prophezeiung hat sich bestätigt. Der militärisch-industrielle Komplex bedroht unsere Freiheit, unsere Demokratie und unser eigenes Überleben.

Dieser Beitrag erschien am 15. Januar 2024 auf LProgressive, auf Comondreams und auf Jeffrey Sachs Webseite. Übersetzung u.a. mit Hilfe von Deepl.

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Grössen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300X300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU

Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3
E-Brief: info@figu.org
Internetz: www.figu.org
FIGU-Shop: http://shop.figu.org



© FIGU 2024

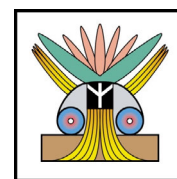
Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders

angegeben, lizenziert unter:

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

**Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Schritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz